

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus schickbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Österreich und Luxemburg 3000 M. für das übrige Ausland 4000 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompositionelle Seite 500 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 48, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 16. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Genossenschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Protestkundgebung in Kopenhagen.

Kopenhagen, 15. Februar. (Rihau-Bureau.) Die dänische Sozialdemokratie hielt gestern eine Versammlung für die Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine ab, die den 2000 Personen fassenden großen Saal des Kongresspalais füllten; der Andrang war so groß, daß viele keinen Platz mehr fanden.

Der deutsche sozialdemokratische Führer

Otto Wels

hielt, von starken Ovationen begrüßt, mit der ganzen glühenden Leidenschaft, die ihn als Redner kennzeichnet, eine auf Tatsachen und Dokumente aufgebaute Rede für das unglückliche deutsche Volk. Er erinnerte zum Schluß daran, daß sowohl das Ministerium Birich wie das gegenwärtige Ministerium Cuno auf dem Programm der Erfüllungspolitik begründet seien.

Wels erklärte: Deutschland ist eine demokratische Republik, die Arbeiterklasse hat sich in Deutschland größere Freiheit und größeren Einfluß als in irgend einem anderen Lande erworben. Aber die Nationen, die den Krieg führten, um den deutschen Militarismus und das deutsche Junkertum zu vernichten und den Völkern ihre Freiheit zu sichern, bedrohen jetzt Deutschlands Volksherrschaft. Die deutsche nationalistische Presse dankt offen Gott für Poincaré, dessen Politik die Reaktion in Deutschland zum Siege führen werde. Ich rufe euch zu: Die deutsche demokratische Republik ist nicht verantwortlich

für die Ausschüßte des deutschen Militarismus, hat aber gleichwohl die schwere Buße übernommen. Den Kampf, den die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet führen, führen sie nicht für die deutschen Kapitalisten oder für die deutsche Regierung, sondern aus dem inneren Antriebe des eigenen Herzens.

Geht die deutsche Industrie zugrunde, so wird ganz Europa in den Fall mitergriffen. Wir halten nach in der Stunde der Verzweiflung an der Hoffnung fest, daß die Vernunft in der Welt siegt. Wir wissen, daß erst der Sozialismus den vollen Sieg des Rechtes bringt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Vizepräsident der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Aboelot Punderbood, gab der Zustimmung der norwegischen Arbeiter Ausdruck, worauf der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Folkethingsabgeordneter

Stauning,

mit einer ansetzenden Rede schloß. Er sagte: Wir fühlen tiefstes Mitleid mit Deutschlands Arbeiterklasse und wünschen von Herzen, mehr deutschen Arbeiterkindern helfen zu können. Wir wünschen, daß kein Volk, auch nicht das deutsche, vernichtet wird. Wir fühlen, daß auch unsere Existenz auf dem Spiel steht.

Zwei Aufrufe der Bergarbeiterverbände.

Bielefeld, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Sämtliche deutschen Bergarbeiterverbände veröffentlichen folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft der Welt:

Witten im Frieden ist die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes von der französisch-belgischen Militärmacht überfallen worden. Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat getreu ihren Grundgesetzen und ihrer Tradition den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Diesen Kampf führt sie nicht mit militärischen Waffen und Gewalt, sondern durch passiven Widerstand gegenüber gewaltsamer Unterdrückung und Anechtung.

Der französisch-belgische Militarismus zeigt sich bei seiner Aktion im Ruhrgebiet wie jeder andere Militarismus in seiner wahren Gestalt. Mißhandlungen, Ermordungen und Verge-waltigungen friedlicher Menschen sind seine Spuren. Einige Beispiele, wie brutal die Bergarbeiter behandelt werden, wollen wir euch hier aufzählen:

Es wird dann der Fall des Bergarbeiters Haumann aus Brechten bei Brombauer, der von einem französischen Posten hinter-rückt und grundlos erschossen wurde, angeführt. Am 8. Februar wurden vier Bergleute in Recklinghausen auf dem Wege zu ihrer Arbeit von französischen Soldaten niedergeschlagen. Der Bergmann Waller ist am 9. Februar morgens früh auf dem Wege zur Pech von einem französischen Soldaten niedergeschlagen und auf dem Boden liegend wie ein Stück Vieh mißhandelt worden. Ein brutaler Gewaltakt ereignete sich am 11. Februar auf der Zeche Prosper bei Bettrop. Dort wurden friedliche Bergarbeiter auf ihrem Arbeitsplatz von belgischen Soldaten überfallen, mißhandelt, und unter fortwährender Drohung mit scharfgeladenen Waffen sollten sie zur Arbeit gezwungen werden. Als sie dies ablehnten, wurden sie mißhandelt und niedergeschlagen. Auf der Zeche Gewalt in Erkenschmidt wurden 14 Bergleute gezwungen, ein beschlagene Auto vier Kilometer weit von Erkenschmidt nach Hornburg zu schieben. Sie wurden dabei durch Knosenschläge mißhandelt. Vier Betriebsratsmitglieder wurden verhaftet. Die übrigen 10 wieder freigelassen.

Diesen Schandtat werden von den Offizieren der Besatzungstruppen täglich neue hinzugefügt. In entsetzlicher und grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von Offizieren mit Keilschlägen mißhandelt. Die Bewohner werden auf offener Straße schamlos durchgeprügelt. Von den übrigen Bergarbeiterstädten und Dörfern sind ähnliche Fälle zu verzeichnen. Aus Essen wurden an einem Tage allein 22 solcher Fälle gemeldet. Das sind einige brutale Gewaltakte der Besatzungstruppen am Rhein und an der Ruhr.

Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist ihre

Es ist die Zukunft ganz Europas, die durch Frankreichs Wiederaufnahme des Krieges gegen den besiegten waffenlosen Feind bedroht wird. Die Ereignisse lehren uns, die kommunistische Zerspaltung tief zu beklagen, die die Arbeiterklasse gerade in den Ländern geschwächt hat, von denen jetzt die militärische Gefahr droht. Laßt uns das gute Beispiel geben, das uns berechtigt, unseren Brüdern in diesen Ländern zuzurufen: Sammelt Euch im Kampfe für den Frieden!

In einer zum Schluß angenommenen Entscheidung heißt es:

Anschließend an die Proteste, die von den sozialdemokratischen Parteien und einer Anzahl von Arbeiterversammlungen in Frankreich, Belgien und England gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes angenommen wurden, spricht die in Kopenhagen am 14. Februar abgehaltene Versammlung namens der dänischen Sozialdemokratie das tiefste Bedauern über den durch die Besetzung

Friedensbruch

aus. Die mit der Ruhraktion eingeleitete Politik erschwert die europäische Wiederaufbauarbeit und schiebt sie hinaus und bedroht das ökonomische Leben der Länder, auch der neutralen, mit weiterem Verderben, weshalb diese Entwicklung mit der größten Besorgnis zu betrachten ist. Die dänische Sozialdemokratie begrüßt mit Freuden die Sammlung der sozialdemokratischen Parteien, die jetzt im Begriff steht, sich zu vollziehen, und spricht ihre Zustimmung zu der Friedens- und Versöhnungspolitik aus, die jederzeit das Programm der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist. Nur durch Zusammenarbeit an einem positiven Aufbauprogramm kann der Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Länder stattfinden, und nur durch Frieden unter den Völkern kann die Entwicklung von Kultur und Produktion ermöglicht werden, die Lebensbedingung für alle Völker ist. Die dänische Sozialdemokratie und die ganze dänische Arbeiterklasse

grüßt die kämpfenden Bruderparteien

in Frankreich, Belgien, England und Deutschland und sagt ihnen Solidarität im Kampfe gegen die internationale kapitalistische Reaktion und den Militarismus zu. Die Waffen nieder! Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die internationale Bruder-schaft der Völker!

Stockholm, 15. Februar. (CP.) In einer Massenversammlung der Arbeiter in Strömsund wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Arbeiterschaft Schwedens aufgefördert wird, gegen die Fortsetzung der französischen Ruhrbesetzung zu protestieren. Ferner wird die schwedische Arbeiterschaft erucht, dahin zu wirken, daß Schweden aus dem Völkerbunde austrete, da der Völkerbund in internationalen Fragen versagt habe.

Folge. Der Druck der Fremdherrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, die Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Waisen schwer. Größtes Elend ist die Folge der Besetzung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärherrschaft schändet die Zivilisation. Sie verhindert den Wiederaufbau Europas dadurch und hemmt das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand und Kultur und desorganisiert das ganze wirtschaftliche Leben der Welt zum Schaden aller Völker. Das Vorgehen der Besatzungstruppen wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstandswillen nicht schwächen. Im Gegenteil, er wird dadurch gestärkt. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu seinem Ende zu führen.

An Euch, Arbeiter der Welt, wenden wir uns, uns in diesem Kampfe zu unterstützen; denn unser Sieg ist auch Euer Sieg!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Polnische Berufsvereinigung, Abtlg. Bergarbeiter.
Gewerkschaft Hirsch-Dunker, Abtlg. Bergarbeiter.

Die gleichen Bergarbeiterverbände wenden sich in einem anderen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers:

„Die Ereignisse der letzten Tage, vor allem die Mißhandlung und Verhaftung von Funktionären der Arbeitnehmersorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besetzung verfehlt, die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre bisherige ruhige, aber entschlossene Abwehraktion ist den Eindringlingen unbenommen. Sie versuchen durch einen allgemeinen Ausstand der Arbeiter; und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiterchaft richten wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft erfolgreich zu beenden.

Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Ausstand. Kommunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach dem Generallstreik rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés.

Kameraden, tretet diesen Generallstreikpropagandisten entgegen! Wahrt Ruhe und Besonnenheit und folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen!

Ein Vorschlag Renaudels.

Im „Populaire“ unterbreitet Genosse Renaudel den deutschen Sozialdemokraten einen Vorschlag, der einen Ausweg aus dem Ruhrkonflikt zeigen soll. Nach einem uns zugegangenen Pariser Telegramm — das Blatt mit den Ausführungen selbst liegt uns noch nicht vor — legt Genosse Renaudel auseinander, daß die deutschen Sozialdemokraten mit Recht gegen die Besetzung protestieren, daß sie zugleich aber auch sagten, die deutsche Regierung dürfe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu Verhandlungen zu kommen. Zu diesem Zweck, fährt Renaudel fort, sollte die deutsche Regierung schon jetzt in eine Diskussion willigen, und zwar unter der bindenden Zusicherung von der anderen Seite, daß bei einem günstigen Abschluß der Verhandlungen das Ruhrgebiet geräumt werde. Die deutsche Regierung müsse aber ihren Willen kundgeben, die Erfüllungspolitik fortzusetzen. Die französische Regierung ihrerseits müsse formell erklären, daß das einzige Motiv der Ruhrbesetzung sei, die Reparationen durch Pfänder zu sichern und Zahlungen zu erlangen. Man denke nicht an eine verlängerte Besetzung, und die Räumung werde auf alle Fälle erfolgen, sobald Deutschland formelle Verpflichtungen übernehmen und die Pfänder oder Garantien geliefert habe, die es für nötig halte und die die französische Regierung für befriedigend erkläre. Sobald die beiden Parteien diesen Standpunkt angenommen hätten, müßten sie zustimmen, daß das Problem unverzüglich dem Völkerbund zum Schiedsspruch unterbreitet werde und daß die Vereinigten Staaten aufgefordert würden, sich daran zu beteiligen. Renaudel wisse wohl, daß seine Vorschläge nicht als radikal genug angesehen werden könnten, jedoch erlaubten sie eine Brücke in die Mauer zu legen, die die beiden Regierungen voneinander trenne, und dies sei wesentlich.

Soweit der Vorschlag Renaudels. Wenn wir ihn recht verstehen, so ist folgendes gemeint: Die beiderseitigen Regierungen sollten sich zunächst einmal über ihre Verhandlungsziele grundsätzlich einigen in der Weise, daß gegen die Festsetzung eines durch Garantien gesicherten Reparationsprogramms die Räumung des Ruhrreviers erfolgen soll. Damit ist offenbar auch gesagt, daß die Räumung sofort und vollständig erfolgen soll, sobald das Reparationsprogramm einvernehmlich festgelegt ist. Die Festlegung dieses Programms sowie sonstiger Einzelheiten des Ausgleichs soll dann aber nicht in Separatverhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung, sondern durch den Völkerbund unter Heranziehung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen.

Es handelt sich also um ein Spiel, an dem vier Partner, die deutsche Regierung, die französische Regierung, die amerikanische Regierung und der Völkerbund, beteiligt sein sollen, und ihrer aller Bereitschaft zur Beteiligung ist die Voraussetzung des Erfolges. Zunächst kommen die deutsche und die französische Regierung in Betracht. Die deutsche Regierung hat zur Verhandlungsfrage verschieden nuancierte und verschieden auslegbare Erklärungen abgegeben, die jedoch keine Festlegung in dem Sinne enthalten, daß die Aufnahme von Verhandlungen erst nach Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete erfolgen darf. Wir glauben, daß die Schwierigkeiten auf der deutschen Seite die geringsten wären, wenn es erst gelungen wäre, die anderen zu überwinden.

Leider aber hat man in Deutschland aus der französischen Presse den Eindruck gewonnen, als ob an den entscheidenden Stellen in Paris die Absicht bestände, das Ruhrrevier für absehbare Zeit in der Hand zu behalten, und als ob die lebhafteste Abneigung gegen den Plan bestände, die Reparationsfrage dem Völkerbund zu überweisen. Wir müssen auf Grund dieser Presseäußerung zu der Meinung gelangen, daß es in Paris zurzeit keine Regierung gibt, die bereit wäre, den Vorschlag Renaudels in Erwägung zu ziehen. Ist dem aber wirklich so, dann bleibt der Vermittlungsvorschlag aussichtslos, solange nicht in der offiziellen Haltung Frankreichs ein entscheidender Umschwung eintritt.

Wie groß die Schwierigkeiten auf französischer Seite sind, ergibt sich u. a. auch aus einer neuesten Äußerung des „Gaulois“, in der folgendes erklärt wird:

Es wäre wohl möglich, daß Frankreich unter gewissen Bedingungen die Intervention eines Dritten annähme. Aber dieser Dritte müsse sowohl Frankreichs Rechte als auch den Grundgedanken der produktiven Pfänder anerkennen, die Frankreichs einzige Sicherheit seien. In der besonderen Lage, in der sich Frankreich befindet, könne es sich tatsächlich nicht vor einem Schiedsgericht auf dem Fuße der Gleichheit mit Deutschland treffen.

Weber die Regierung Cuno noch irgendeine andere deutsche Regierung wird darauf verzichten können, bei künftigen Verhandlungen als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Andernfalls würden die Verhandlungen nicht ihren Namen verdienen, vielmehr würde das Ganze auf die Entgegennahme eines neuen Diktats hinauslaufen. In Deutschland aber ist bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau die Ueberzeugung allgemein, daß es keinen Ausweg

aus dem Elend Europas gibt, wenn nicht mit der Politik der Diktate, der Drohungen, der Erpressungen, der Gewalttaten endlich ein Ende gemacht wird. Befestigt begründete Aussicht, dieses Ziel zu erreichen und ein wirklich geordnetes Nebeneinanderleben der beiden Völker zu ermöglichen, so können auch die absonderlichsten Umstände kein unüberwindbares Hindernis für die Einleitung von Verhandlungen darstellen. Besteht solche Aussicht nicht, dann wird keine deutsche Regierung den Weg zu einem Verhandlungstisch nehmen wollen, an dem sie zu eben erst verübtem schändlichen Unrecht nur neue Demütigungen zu erwarten hat.

Wie müssen also an Genossen Renaudel die Frage richten: Glaubt er, daß die französische Regierung bereit ist, den von ihm gewiesenen Weg zu betreten oder daß eine neue französische Regierung in absehbarer Zeit dazu bereit sein wird? Könnte Renaudel diese Frage bejahen, so würde sich daraus eine ganz außerordentliche Erleichterung der Lage ergeben. Kann er das aber nicht, so wird er auch verstehen, daß die deutsche Sozialdemokratie erst dann imstande sein wird, die deutsche Regierung auf einem bestimmten Weg vorwärts zu schieben, wenn sie die Heberzeugung gewonnen haben wird, daß von der anderen Seite her gleich starke Kräfte zum gleichen Ziel wirken.

Die deutsche Sozialdemokratie will eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems, sie will die Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, und sie will die Erreichung dieses Ziels nicht von Preisstiegen abhängig machen. Dieses Ziel wird erreichbar sein, wenn der Geist, der unsere französischen Genossen befeuert, auf die Politik Frankreichs maßgebenden Einfluß gewonnen haben wird. Gelingt es Renaudel, die Hindernisse zu überwinden, die sich in Frankreich seinem Vorschlag entgegenstellen, dann werden auch in Deutschland die Hindernisse nicht unüberwindbar sein. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen dem Geist Renaudels und jenem Geist, der im Ruhrrevier mit der Relpreitsche umgeht. Mit ihm gibt es keine Verständigung, am wenigsten für Sozialisten. Und darum wiederholen wir den Ruf an die französischen Genossen, daß sie ihre Anstrengungen mit denen der Arbeiter der gesamten Welt vereinen mögen, um dem brutalen Regiment, das rechtswärtig und willkürlich im Ruhrrevier haust, und das den Namen Frankreichs vor der ganzen Welt ein Ende zu bereiten. Gelingt ihnen das, dann wird der Weg zu Verhandlungen weit offen sein.

Der Attentatsplan auf Auer.

München, 15. Februar. (U.) Zu dem beabsichtigten Attentat gegen den Abg. Auer erfahrende „Münchener Neuesten Nachrichten“ nach folgendem: Der Dorotheenschüler gestand bei der Vernehmung den geplanten Anschlag zu. Er sei zuerst auf den Gedanken verfallen, Auer zu vergiften. Als er die Unmöglichkeit der Ausführung dieses Planes einsah, habe er sich entschlossen, Auer zu erschließen. Er wollte nach seinem Geständnis Auer unter einem Vorwand in seinem Bureau aufsuchen und dort den Anschlag ausführen. Seine Teilnahme erfolgte auf Anordnung der Münchener Polizei in Kempten, von wo er nach München eingeliefert wurde. Der politische Stämmisch, dessen Mitglieder von dem Plan wußten, führte den Namen Treudeutsch. Der Vorstand ist ein Maschinenführer. Es ist ein Mann, der sich jeweils einer gerade modernen politischen Richtung anschloß.

Der arme Alte.

Was sich die Völkischen alles leisten dürfen.

In der deutschvölkischen Zeitschrift „Auf Vorposten“ beschloß sich Hauptmann a. D. Ludwig Müller, genannt v. Hausen (ohne des Adelsprädicat) scheint man in deutschvölkischen Kreisen nicht auskommen zu können), vor einiger Zeit mit der Person des Ministers a. D. Dr. Gothein. Der Artikel sprach von Beleidigungen, Lügen und Verleumdungen. Er enthielt u. a. den Vorwurf der Käuflichkeit. Gothein verlegte Müller alias v. Hausen

daraufhin wegen Beleidigung. Müller-Hausen lehnte die Forderung des Wahrheitsbeweises ebenso ab wie die Zurücknahme der unwahren Behauptungen. Der Staatsanwalt, als Vertreter der Anklage, vertretet die Ansicht, man könne „nur“ wegen des hohen Alters des Angeklagten und seiner bisherigen Unbescholtenheit von einer Freiheitsstrafe absehen. Er plädierte auf 100 000 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 300 M. Geldstrafe, mit der Begründung, daß die Straftat noch zur Zeit der alten Bestimmungen über die Geldstrafen begangen worden sei. In der Begründung heißt es weiter, die Behauptungen in dem Artikel, die zweifellos über das zulässige Maß hinausgingen, seien in der Hitze des Gefechts gefallen, die Öffentlichkeit werde aber durch diese Broschüre nicht wesentlich beeinflusst.

Dazu ist zu bemerken: Müller-Hausen ist der Herausgeber der „Weisen von Zion“, jenes Werkes, das die unfinnigsten und heftigsten Lügen gegen die Juden verbreitet und das in manchen Kreisen bereits die unheilvollste Verwirrung angerichtet hat. Die Rathenau-Mörder handelten u. a. unter dem Einfluß dieser Lügen. Weiter sind infolge des gegen Gothein gerichteten Urteils Versammlungen in Nürnberg und München, in denen Gothein sprechen sollte, von Deutschvölkischen gesprengt worden. Außerdem war die Folge des Urteils eine Flut von antisemitischen Zuschriften, die mit der Anrede „Saujude“ anjingen und ihn verfluchten, daß „die Angel für ihn schon gegossen“ sei. Der Artikel wirkte also geradezu wie eine Pogromhege. Diese Tatsachen waren dem Gericht bekannt. Wenn das Gericht trotzdem auf die oben erwähnte „Strafe“ mit der mehr als merkwürdigen Begründung erkannte, so ist das ein neuer Beweis für die „Objektivität“ unserer Rechtsprechung.

Etatsberatung im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Beratung des Haushalts des Jahres fort. Abg. Dr. Barth (Dnat.) begrüßte den einmütigen Protest gegen den Ruhrverfall der Franzosen und beurteilte die Politik der sächsischen Regierung in bezug auf die Behandlung der Kirche und der Beamten.

Sächsischer Minister Abg. Cyprian (Soz.) weist die Angriffe als unbedeutend zurück. Es seien nur zwei Bußtage ausgehoben worden. Die Regierung schreie nur gegen diejenigen Beamten ein, die zur Wahrung dieser Regierungsverordnung auffordern und sich gegen die republikanische Staatsform betätigen. Schließlich wies er auf die meisten sächsischen Beamten auf den Boden der Republik gestellt, so daß nicht, wie behauptet wird, hunderte Beamte wegen ihrer politischen Gesinnung entlassen werden mußten. Es sei auch nicht wahr, daß Sachsen die schlechteste Polizei habe. Die sächsische Regierung übernehme die volle Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit.

Abg. Marelli (D. Sp.) erklärte, seine Partei behalte sich vor, zu gegebener Zeit auf verfassungsmäßigem Wege eine Änderung der Staatsform zu erstreben. In dieser Zeit werde der Streit der Konaristien um die Staatsform zurückgestellt. Die Beamten hätten die Pflicht, dem Staat aufrichtig zu dienen und seine Hoheitszeichen zu achten.

Abg. Dellus (Dem.) forderte schärfsten Kampf gegen den schamlosen Wucher und schleunigste Verabschiedung des Notgesetzes.

Abg. Reichl (Bayr. Sp.) sagt, die nationalsozialistische Bewegung sei nicht föderalistisch, sondern zentralistisch.

Abg. Eichhorn (Komm.) lehnte eine nationale Einheitsfront in der Frage der Ruhrbesetzung ab. Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. — Schluß nach 6 Uhr.

Das Notgesetz im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch und Donnerstag den Entwurf eines Notgesetzes. Genosse Sellmann begründete zu Artikel 1 die sozialdemokratischen Anträge, die verlangen, daß auch die geschlossenen Gesellschaften (Klubs) Konzeptionen zum Ausschank geistiger Getränke nur erhalten dürfen, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. Das Gesetz sei wirkungslos, wenn man nicht an diese Schlemmerklubs herantomme. Auch fordere dies die Gerechtigkeit gegenüber dem rechtlichen Gastwirtsgewerbe. Das Verabfolgen oder Ausschanken von Branntwein an Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre soll auch dann ver-

boten werden, wenn der Branntwein nicht zu eigenem Genuß entnommen wird. Sollmann verlangte ferner ein Verbot der Abgabe von nikotinhaltenen Tabakwaren an Jugendliche bis zu 16 Jahren und das Verbot der Abgabe von alkoholhaltigen Zigaretten an Jugendliche. Die sozialdemokratischen Anträge fanden bei den bürgerlichen Parteien in Einzelheiten Bedenken, im großen und ganzen aber Zustimmung. Werdings wurde die Abstimmung ausgesetzt, weil sich die bürgerlichen Fraktionen noch damit beschäftigen wollten.

In dem Artikel 2, der der obersten Bundesbehörde die Möglichkeit gibt, Vorschriften über die Einschränkungen von Lustbarkeiten und Vergnügungen zu erlassen, begründete Genossin Pfälz einen Antrag, den Satz zu streichen, daß nur solche Vergnügungen getroffen werden sollen, die beunruhigend oder aufreizend auf die Bevölkerung wirken.

Bei dem Artikel 3, der die Anprangerung der Wucherer verlangt, entwickelte sich eine lange Aussprache. Die Sozialdemokraten beantragte u. a., daß überall im Kleinhandel Preis-schilder an den Waren angebracht sein müssen, aus denen der genaue Verkaufspreis der Ware ersichtlich ist, und daß Bestimmungen erlassen werden, die den Terror der Kartelle und Syndikate gegen Lieferanten und unglückliche Konkurrenten treffen. Weitere sozialdemokratische Anträge wolle, daß bei jeder rechtsträftigen Verurteilung wegen wuchererischer Vergehen die Handelserlaubnis stellen die Frage der Handelsverlängerung nachprüfen. Sämtliche Warenpreise der Verbände, Kartelle und Syndikate sollen fortlaufend vom Reichswirtschaftsministerium hinsichtlich ihrer Berechnung geprüft werden. Schließlich fordert eine sozialdemokratische Entschließung u. a. die zentrale Bewirtschaftung von Milch und Milchprodukten, die Festsetzung von Höchstpreisen für Zucker, geistlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Leistungswuchers und Mithaltung von Verbrauchern bei der Festsetzung der Viehpreise. Die sozialdemokratischen Anträge wurden von allen bürgerlichen Rednern mehr oder weniger bestritten. Auch der Reichswirtschaftsminister und andere Regierungsvertreter erklärten, daß es bedenklich sei, im Rahmen dieses Gesetzes, das binnen weniger Tage verabschiedet werden müsse, solche schwierigen und weitreichenden Probleme aufzurollen. Gegen die Anprangerung der Wucherer haben die bürgerlichen Parteien Bedenken. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß im Jahre 1920 von den Wuchergerichten 20 000 Personen verurteilt worden seien, davon 7000 zu Gefängnis und 24 zu Zuchthaus; im Jahre 1921 15 000 Personen, darunter 5500 zu Gefängnis und 10 zu Zuchthaus. — Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

Werkwohnung und Mieterschutz.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag bei der Weiterberatung des Mietengesetzes über Mieterschutz und Mietscheinungsämter auf deutschnationalen Antrag der § 17 des Entwurfs dahin geändert, daß die Werkwohnung vom Mieter nicht beibehalten werden kann, wenn der Mieter durch sein Verhalten dem Vermieter geistlich oder Erbrechtsverhältnisses gezeichnet hat, oder wenn der Mieter das Arbeitsverhältnis aufgelöst hat, ohne daß ihm vom Vermieter ein begründeter Anlaß gegeben war. Der in der ersten Lesung gestrichene § 24 wurde insoweit wiederhergestellt, daß der Deeres- und Marineverwaltung das Recht zugestanden werden soll, ihr geistliche Wohnungen frei zu machen.

Das Personenschädengesetz.

In Ergänzung unseres Artikels in Nr. 69 vom 10. Februar wird uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß der von der Reichsregierung fertigestellte Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Ertrag der durch den Krieg verursachten Personenschäden dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorgelegt. Sobald die Zustimmung erteilt ist, wird unverzüglich mit der Durchführung der Verordnungsverfahren durch die jetzt zuständigen Behörden begonnen, die bereits durch entsprechende Weisungen mit dem neuen Arbeitsgebiet hinreichend vertraut gemacht sind.

Die Grohhamburg-Frage. Die für den 16. Februar anberaumte Weiterführung der Verhandlungen zwischen Damburg und Preußen über die Grohhamburg-Frage ist infolge der Ereignisse im Ruhrgebiet bis zum März vertagt worden.

Novitätenmarkt.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Seit Siegfried Ochs den Hochschulen gegen den Völkischen eingetauscht hat, wird ihm kein so spontaner, herzlicher Beifall wie im letzten seiner Konzerte. Man muß diesen Erfolg besonders unterstreichen; denn Ochs hat ein Werk zur Aufführung gebracht, das jedem anderen geübten Musiker ins Ohr rufen würde: „Hände weg, du magst mich nicht!“ Es ist der 69. Psalm von Heinrich Kaminski. In unehörter Arbeit zerkleinerte Ochs die Schwierigkeiten, die von seinem chorischen Dopus der letzten zwanzig Jahre annähernd erreicht werden, und erstellte die frei und organisch sich bewegende Melodie zur männlichen Herbheit, einen schwer lastenden, gefährlichen Kontrapunkt aus doppelten und dreifachen harmonischen Verkettungen zu großer, padender Einheit. Die Instrumentation ist reichlich bis unterirdischen, das motivische Material einfach, Struktur und Farbe des Klangs folgen sprachlichen Gesetzen; Der Anfang „Gott hilf“ wußte eine hypermoderne Nationalität vor, doch wirkt das und manches Detail des instrumentalen erfundenen zweiten Teils wie eine Vorbereitung zu der großartigen Schlussszene, deren reiches Themematerial dem Vorausgegangen entnommen ist und die in höchste tollische und dynamische Klänge zu einem vierstimmigen Choral der Knaben ausklingt. Nach wiegt bei diesen jungen Komponisten die Reife des Ausdrucks und die Tiefe der Empfindung nicht den technischen Wert des Volens auf. Aber zum erstenmal offenbar sich hier: es gibt eine Möglichkeit, modernes Klangempfinden mit dem Rüstzeug Bachscher Anteführung zu vereinen. Die Aufführung war großartig und hätte wiederholt werden müssen, wenn sich nicht selbst dieser wagemutige Chor nach solchem Angriff auf Kehle, Atem und Aufmerksamkeit erst erholen müßte.

Ein zweites neues Chorwerk: Werner Wolf's „Ave Maria“, von Bruno Mittel angeführt. Rein, nur angelegt. Wegen Defekts des Orgelmotors fällt die Nummer aus. Schade! Kenner der Partitur lobten das Werk als gut und neu und schön. Alles das ist Arno Renisch's „Ermunterung“, Musik zur Ode Holderlins, nicht. Geist alter Akademie, wo treibst du dich umher? Selbst den hymnischen Gesellen hellenischen Gesäts bleibt die Trostigkeit des Lehrers nicht erspart. Das Stück hat keine Größe, kennt keine Varianten musikalischen Nachempfindens und bleibt in höchst anständiger, unansehnlicher Arbeit mit allen Notendößen weit unter dem Himmel, nach dem wir uns sehnen. Preis und Gebot konnte auch Mittels Chor nicht hergeben, der sein Bestes tat und lauter sang und uns unzufrieden entließ. Alexander Burgstaller: wandelt, wie Renisch und alle Unmodernen, in den Siedepuren Brahms'. Aber wenn auch eine bessere Sängerin als die nach Ausdruck strebende Sopranistin Stella Giesner keine Helferin gemessen wäre — über die Müdigkeit und Anständigkeit dieser schleppenden Melodie hätte sie nicht hinweggebracht. Sehr respektabel dagegen ist Burgstaller's Sonate in konzertierendem Stil (von Kulenkampff-Poll und Valerio Burgstaller mit eifernder Tätigkeit gespielt). Der langsame Satz, groß und schön gefungen, hat ein altes, aber vornehmtes und gefälliges Profil, und das Finals schwingt in einem gelunden feurigen Rhythmus dahin. Begabung für Kammermusik? Herzlich willkommen!

Sehr behutsam möchte man Carl Ehrenbergs zweite Orchesterjute anfassen. Das sind zerstreute, dünnlebrige Stimmungsbilder, nett in den Farben, geschmackvoll in der Erfindung, schwach in der Phantasie des Ausgestaltens. Zu trübe, zu regnerisch, selbst im Scherzo; wo aber die Melodie an sich selber trunken werden könnte, wie in der Einleitung des Raglo, so bleibt im Kern die Unterhaltungsgabe, die Erfindung stecken. Kein großes, sinnliches Effektivität, nicht einmal eine Nuance des Zeitmaßes drückt die Anständigkeit und die reine Gesinnung dieser kleinsinnigen Arbeit. Und gerade deshalb, weil sie so gar gesinnungstreu ist, sollte die Suite nicht hart angefaßt werden. Nach Ehrenberg ergriff Abend-rath den Laktos und zeigte (erstaunlich, es zu erleben!), daß er in der großhänigen Musik Richards des Zweiten („Tod und Verklärung“) absolut zu Hause ist.

Beia Bartók, dem der Welos drei Abende widmet, ist ein Führer der Wätonen. Was ich an Wied und Klavierstück hörte, zeigte ein Doppelantli, nicht widerprüchlos und mit großer Selbstbewußtheit harmonische Verdichten virtuos zusammenballend, auch da, wo das Herz im Kolossalischen liebevoll verknist. Die letzten zehn Schaffensjahre haben Bartók anscheinend besonders trach vom Hergebrachten gelöst; denn keine Wieder aus früherer Zeit munden dem althergebrachten Geschnack besser, ja sind Datapostide, psalmierend, sinnend, ausgelesen, tänzerisch. Den großen Improvisationen op. 20 fehlt das Mitreißende. Aber man möchte mehr von Bartók gehört haben, um mehr sagen zu können. Das Theater der Woche zerfiel uns diese interessanten Abende. Von den Solisten sei Eugen Witz mit besonderer Hochachtung genannt; man dachte bei der massiven, knorrigen Interpretation des Brahms'schen B-Dur-Klavierkonzerts an Edwin Fischer. Und Kunwald dirigierte in alter Meisterweise.

Eine Ausstellung deutscher Meisterwerke. Die Marées-Gesellschaft, im besondern ihr Leiter Julius Meier-Gräfe, gibt in einer Schrift, die für die deutschen Kultusministerien und die Leiter unserer öffentlichen Sammlungen bestimmt ist, die Anregung, den Beitrag Deutschlands zur Kunst Europas in einer Ausstellung sichtbar werden zu lassen, deren Bewirtlichung schon für den nächsten Winter erhofft wird. Eine kleine Anzahl von ausserordentlichen Meisterwerken — 50 Gemälde, 50 Plastiken und 60 Zeichnungen — würde genügen, um das deutsche Kunstschaffen vom Mittelalter bis zur Gegenwart zu kennzeichnen. Die Ausstellung solle zuerst in München, dann in Berlin gezeigt werden. Die nicht unerheblichen Kosten für das Unternehmen müßte der Staat hergeben und er könne das mit gutem Gewissen tun, denn es handle sich nicht um ein sensationelles Ereignis für interne Bestätigenkreise, sondern um eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, das durch diese Ausstellung vor aller Welt von dem Vorwurf der Barbarei gereinigt werden würde.

Wir sind allerdings der Meinung, daß das deutsche Volk es nicht nötig hat, sich gegen blödsinnige Vorwürfe feindlicher Chauvinisten ernsthaft zu verteidigen, und wir meinen ferner, daß München schon lange nicht mehr die deutsche Kunstmetropole ist und daher keine Bevorzugung vor Berlin unbegründet erscheint. Aber gegen den Plan an sich wäre prinzipiell nichts einzuwenden. Ob seine Ausführung Nutzen oder Schaden bringen würde, hängt davon ab, wer die Auswahl der Kunstwerke trifft und nach

welchen Gesichtspunkten diese vorgenommen wird. Sollte die Bewirtlichung des Projektes in Aussicht stehen, so werden wir auf diese Einzelheiten näher eingehen.

Die „zahlungsunfähige“ Volksbühne. Einige Berliner Zeitungen hatten dieser Tage die sensationelle Nachricht gebracht, die Volksbühne habe sich für unfähig erklärt, ihren Schauspielern die festgesetzte Mindestlohn für Januar und Februar zu zahlen. Diese Nachricht ist falsch. Die Volksbühne kommt ihren Künstlern gegenüber allen Verpflichtungen nach und zeichnet sich vor den meisten anderen Berliner Theatern noch dadurch aus, daß sie die Gagen das ganze Jahr hindurch, also auch während der Ferien zahlt.

Internationaler Wettbewerb für Operndekorationen. Eine große amerikanische Operngesellschaft, die Juro Company, schreibt einen internationalen Wettbewerb für Zeichnungen zur Ausstattung einer von folgenden vier Opern aus: „Aida“, „Carmen“, „Faust“ und „Rigoletto“. Der Verkauf, der leider etwas verspätet an die interessierten deutschen Kreise kommt, nennt als Einlieferungsstermin den 15. April, eine Frist, die hoffentlich, wie frühere amerikanische Wettbewerbe, im Interesse der deutschen Teilnehmer etwas hinausgeschoben wird. Am junge Künstler zu ermutigen, werden die Preise gestellt, vier an der Zahl: 100, 75, 50 und 25 Dollar. Die Urheberrechte an den Entwürfen werden natürlich für jene Preise nicht mit erworben, es wird aber die Erwartung ausgesprochen, daß der Juro-Operngesellschaft ein erstes Recht für den Verkauf der Ausführung überlassen wird. Nur Zeichnungen, keine Modelle, und zwar in farbiger genauer Ausführung, höchstens 45 Zentimeter groß, werden erwartet. Die praktische Ausführbarkeit und die künstlerische Einfachheit bei Berücksichtigung moderner Lichteffekte werden als besondere Erfordernisse genannt.

Hoffentlich gelingt es den Meistern und Jüngern der deutschen Theaterdekorationskunst, die auf den internationalen Theaterausstellungen in Amsterdam und London so schöne Erfolge hatten, auch vor dem amerikanischen Forum vorteilhaft abzuscheiden. Die deutschen Operngesellschaften mit ihren in Berlin gefertigten Dekorationen, die jetzt in Nordamerika herumreisen, können da vielleicht den Boden ebenen helfen.

Staatliche Bildstelle. Am Deutschen Kunstverlag, Wilhelmstraße 69, sind Katalogen von Prof. Hermann Dieckhoff von 1918 bis 1921, vom 16. Februar bis 2. März wochentäglich von 9 bis 6 Uhr ausgestellt. Eintritt frei.

Die Galerie Dr. Goldschmidt — Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 10, zeigt vom 16. Februar bis Mitte März neue Gemälde und Skulpturen von Lionel Feininger, Walter Delbig, Max Haus und Karl Schmid-Rottluff, dazu Goldschmidt und Wallerstein von Gerhart Wands.

Eugen Klöpffer wurde dem Lessing-Theater für die nächste Spielzeit auf mehrere Monate verpflichtet.

Ein Notbund geistiger Arbeiter. In München wurde ein Notbund geistiger Arbeiter gegründet. Die Gründung wurde von den Landesverbänden der Kerzte, Rechtsanwältin und Künstler vollzogen. Der Beirat anderer Verbände wird erwartet. Den Vorsitz führt der frühere Kultusminister Müller-Reinigen. Zweck des Bundes ist die ideelle und materielle Unterstützung der notleidenden freien Berufe.

Clynes begründet den Abänderungsantrag.

London, 15. Februar. (W.B.) Unterhaus. Der Arbeiterführer Clynes eröffnete die heutige Debatte über die Antwort auf die Thronrede und brachte den bereits gemeldeten Abänderungsantrag der Arbeiterpartei über die auswärtigen Angelegenheiten ein, indem er erklärte, die Rede Bonar Law über Frankreich und Deutschland sei freimütiger als alles, was das Unterhaus seit einiger Zeit gewohnt war zu hören. Frankreich sei offenbar immer noch von Furcht beherrscht, und diese Furcht würde so lange andauern, als das hauptsächlichste französische Werkzeug die Gewalt sei. Zur Orientierung bemerkte Clynes, wie auch immer die Beschlüsse der Regierung von Angora sein würden, die Arbeiterpartei werde sich jeder diplomatische Widerstand, die darauf ausgeht, brüßliches Blut wegen auswärtiger Delsedee zu vergießen.

Der Abgeordnete der Labour Party erbaten Pässe, um Ende dieser Woche in das Ruhrgebiet zu reisen.

Der Schritt Le Trocuers in London. Noch keine Entscheidung.

London, 15. Februar. (W.B.) Das englische Kabinett beriet heute nachmittags erneut über die Frage, ob der Forderung der französischen Regierung, Kohlenzüge durch die englische Besatzungszone leiten zu dürfen, stattgegeben werden könnte. Nach der heute morgen abgehaltenen Besprechung Le Trocuers mit Bonar Law, Lord Curzon und Lord Derby wurde beschlossen, morgen vormittags 11 Uhr eine neue Konferenz mit Le Trocuer abzuhalten.

London, 15. Februar. (W.B.) „Star“ erzählt, daß die französische Regierung sich nicht begnüge, um die Befreiung der sechs Meilen Bahnlängen an der Nordwestküste der britischen Zone zu suchen, sondern daß sie auch die Befreiung der Hauptlinien innerhalb und außerhalb Kölns beanspruche.

Die einberufenen Eisenbahner müssen daran glauben.

Paris, 15. Februar. (W.B.) Kammer und Senat haben heute nachmittags eine schriftliche Mitteilung des Kriegsministers zur Kenntnis genommen, wonach die Regierung beschloßen habe, das zu Lebungswecken einberufenen Eisenbahn- und Telegraphenpersonal vorläufig unter den Fahnen zu behalten. Es handelt sich um die nach dem Ruhrgebiet beorderten Militär-Eisenbahner und -Telegraphisten. Zur Begründung der Maßnahme führt der Kriegsminister an, das Personal sei zwar zum größten Teil aus Freiwilligen zusammengesetzt, der Rest bestehe jedoch aus Mannschaften, die Militärverpflichtungen unterliegen und zu Lebungswecken einberufen worden seien. Da die deutschen Beamten im besetzten Gebiet heute an zahlreichen Stellen die Mitarbeit verweigerten und die Freiheit und Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdeten, sei eine Verstärkung des ursprünglichen französischen Personals erforderlich, die ausschließlich mit Hilfe von Freiwilligen durchgeführt werden solle. Es werde indessen bis zur Ablösung der zuerst erwähnten eingezogenen Mannschaften durch die neuen Freiwilligen eine gewisse Frist erforderlich sein.

Die Regierung habe auf Grund des Gesetzes vom 21. März 1906 deshalb die vorgesehene Einberufung der zu einer Arbeit einberufenen nicht freiwilligen Mannschaften beschlossen. Die Frist bis zu ihrer Ablösung werde im Einklang mit den Vorschriften des gleichen Gesetzes auf 14 Tage (?) geschätzt. Kammer und Senat haben diese Erklärung zur Kenntnis genommen.

Italien präzisiert seine Stellung.

Rom, 15. Februar. (W.B.) Eine offizielle Mitteilung der Agentur Volta hebt hervor, daß die Anspielung der englischen Thronrede auf die Haltung der italienischen Regierung zur Ruhrfrage nicht ganz der Wirklichkeit entspreche. Italien habe nicht das Vorgehen Frankreichs und Belgiens unterstützt. Italien habe im Streit über die deutschen Wiedergutmachungen keine unzuweifelnde Haltung eingenommen, sondern sich nur in beschränkter Weise an der technischen Kontrolle im Ruhrgebiet beteiligt, ohne aber an den militärischen oder politischen Operationen teilzunehmen. Es verfolge somit eine der englischen ähnliche Haltung. Im übrigen liege es auf der Hand, daß Italien keine andere Politik verfolgen könne. Die Beteiligung Italiens an der technischen Kontrolle entspreche seinen Interessen an der Kohlenlieferung.

Durchführung der Güterblockade.

Essen, 15. Februar. (W.B.) Die Berkehrslage ist im großen und ganzen unverändert. Die Güterblockade wird deutlich schärfer. Alle Produkte aus Essen, auch kleine Eisenstücke als Schlackgut verpackt, werden zurückgehalten. Die Franzosen erbrechen die Stützpunkte, öffnen die Röhren usw. Auch sämtliche Waren aus Essen, die für das Ausland bestimmt sind, werden zurückgehalten. So befinden sich in Linien-Kard drei Wagen mit Wachsenteilen, die für Argentinien bestimmt sind. Die Franzosen haben auch alte und gebrauchte Druckereimaschinen nicht durchgelassen. Aus Diez wird gemeldet, daß die Güterblockade vollständig durchgeführt ist. Auch Sand und Kalk werden nicht mehr durchgelassen. Der Güterverkehr liegt bis auf Lebensmittel dort völlig still. Man nimmt an, daß die Güterblockade allmählich auch auf den übrigen Stationen in ähnlicher Weise durchgeführt wird.

In einer Besprechung mit den Vertretern des New Yorker „Herald“, der „Chicago Tribune“ und des New Yorker „World“ erklärte heute morgen Dr. Grüner folgendes: Das Herankommen einer Arbeitslosenkrise, eine Möglichkeit, die als unvermeidlich betrachtet wird, würde nicht die Einstellung der Gehalts- und Lohnzahlungen nach sich ziehen. Er leugnete die französische Behauptung, daß in seinem Regierungsgebiet bis jetzt bereits 2500 Arbeitslose wären. Grüner sagte, das erste Ergebnis einer allgemeinen Verhinderung der Ausfuhr vom besetzten nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands würde sich erst nach zwei oder drei Wochen bemerkbar machen. Er fügte hinzu: „Selbst wenn hundert, tausende oder auch hunderttausende Arbeiter fehlen müßten, so werden sie doch fortfahren, ihre Bahneisenbahn weiter zu beziehen. Dies ist das Ergebnis, welches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einerseits und der Reichsbank andererseits getroffen wurde. Die Bergwerksbesitzer und Fabrikanten der Ruhr haben sich darauf vorbereitet, mit genügenden Krediten in fremden Währungen für den Ankauf von Rohmaterialien und anderen Waren im Ausland zu sorgen, um auf viele Wochen hinaus an den Zahlungen gerade stehen zu können. Wenn dieser Grund, welcher von Einzelkaufleuten und Gesellschaften gezeichnet wurde, erschöpft ist, wird die Regierung einschreiten, und zwei Drittel der Löhne bezahlen, wie sie von jeder einzelnen Industrie zu der betreffenden Zeit festgelegt sind. Falls die Gehälter erhöht werden, wird sich auch der Regierungsanteil automatisch entsprechend erhöhen.“

Die Anzahl der Arbeiter, welche durch Erzeugungseinstellung die Arbeit würden einstellen müssen, wäre etwa 1.200.000 in Düsseldorf und im Ruhrgebiet. Hierin sind 550.000 Bergleute und 380.000 Metallarbeiter enthalten. Um

die täglichen Löhne auszubehalten, ist für die Bergleute und Metallarbeiter allein schon ein Betrag erforderlich, der nach heutigen Wechselkursen einer halben Million Dollar entspricht.“

Proteststreik in Essen.

Essen, 15. Februar. (W.B.) Die Beamtenschaft der hiesigen Stadtverwaltung beschloß, zum Zeichen des Protestes gegen die Verhaftung des Bürgermeisters Schaefer in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten. Aus gleichem Anlaß fällt der Unterricht in den Schulen aus. Auch die hiesige Geschäftswelt wird heute die Geschäfte zum Zeichen des Protestes für mehrere Stunden schließen.

Essen, 15. Februar. (W.B.) Seit heute mittag durchfahren zahlreiche Panzerautos die Straßen der Stadt. Das Rathaus wurde in den frühen Nachmittagsstunden umzingelt und besetzt. Gegen 4 Uhr fuhren Panzerautos zum Theaterplatz. Eine große Anzahl französischer Soldaten drang in das Theater ein, wo ein Doppelposten aufgestellt ist. Der Zweck der Bewegung ist noch unbekannt.

Essen, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Bitten an der Ruhr hat der französische Ortskommandant einer Abordnung von Bergarbeitern, die wegen Beschlagnahme von Deputationshöfen bei ihm vorstellig geworden war, den Verkauf von Lebensmitteln zu billigen Preisen an. Obwohl die angebotenen Waren — das Pfund Schmalz mit 1600 M., das Pfund Speck mit 3400 M. — nur ungefähr die Hälfte der üblichen Preise aufwiesen, wurde das Auktionenangebot abgelehnt.

In Gwelsberg bei Hagen wurde gestern abend eine Versammlung des Arbeitervereins, in der der bekannte General Maercker eine Ansprache hielt, geistert. Dabei gab es einige Verlesungen, angehend auf beiden Seiten. Schuttpolizei aus Hagen stellte die Ordnung wieder her.

Demokratenopposition in Bayern.

München, 15. Februar. (W.B.) In der heutigen Vollversammlung des Landtags erregte eine Erklärung des demokratischen Redners Dr. Müller Aufsehen, wonach seine Partei dem Kultusminister wegen verfassungswidrigen Verhaltens gegenüber der freien politischen Betätigung der Lehrerschaft das Gehalt verweigern müsse. Die Sozialdemokraten hatten bei der Ausschussberatung des Kultusrats eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Volkswohlfahrtspflege.

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt wies Genosse Dr. Wenz auf die unhaltbaren Zustände, die sich für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung aus der materiellen Situation der Krankenkassen ergeben haben, hin und verlangte ein Eingreifen des Ministeriums angesichts der „Behandlungssperre“ in Berlin. Er wies ferner auf die Verhältnisse des Landesgesundheitsrats hin. Die Zustände in unseren Krankenhäusern, auch in den städtischen, die unerbörliche Teuerung aller Lebensmittel, der Mangel an Wäsche und sonstigen Bedarfsartikeln verlangte unbedingt sofortiges Eingreifen. Sonst ist eine schwere gesundheitliche Katastrophe zu erwarten. Unsere weiteren Forderungen gehen auf eine volle Besoldung aller Kreisärzte, denen jede Nebenbeschäftigung unterlagert werden sollte, damit sie ihre ganze Zeit der gesundheitsfördernden Tätigkeit ihrer Kreise widmen können. Wir fordern eine schnelle Reform der Apotheken- und Druggesetzgebung, die Angliederung sämtlicher staatlichen Bäder an das Volksheimministerium, während sie heute noch drei und vier verschiedenen Ministerien unterstellt sind. Endlich fordern wir beträchtlich erhöhte Beihilfen für die Tuberkulosebehandlung, statt 10 Millionen 100 Millionen; für die Erforschung der Krebskrankheit statt 500.000 M. 1 Million; für die Beratungskassen für Geisteskranken statt 500.000 M. 5 Millionen; für die Schulgesundheitspflege, für die nach dem Willen der Regierung von 3 Millionen für allgemeine Förderung der Schulgesundheitspflege nur einige Brocken abfallen sollen, 10 Millionen Mark; endlich für das Zentralkomitee für ärztliche Fortbildung 20 Millionen Mark.

Als Abhilfe schlugen wir vor: Sofortige Vereinstellung eines großen Fonds beim Wohlfahrtsministerium, aus dem die Kosten sofortige, verzinsbare Darlehen erhalten zur Anwendung bringendsten Not.

Ferner muß mit dem System der freien Arztwahl gebrochen werden. Die Kassen sind keine Verleugungsanstalten für die Vergütung. Eine beschränkte Zahl von Ärzten nach der Zahl der Mitglieder und anständige Bezahlung (etwa nach Gruppe 13 der Beamteneinstufung) ist die Forderung, die die Kassen stellen müßten.

Der Minister äußerte sich zustimmend und teilte mit, daß er beabsichtige, Vertreter der Kassen und Ärzte zu gemeinsamen Beratungen einzuladen. Die Kasse der Krankenkassen wurde eingehend vom Genossen Schölich beleuchtet.

Die Notlage der Kassen ist sowohl durch die große Geldentwertung wie auch durch die höchst unpraktischen Vorgehen der Gesetzgebung entstanden. Der Gesetzgeber erhöhte plötzlich, um die Goldentwertung auszugleichen, die Grundlöhne, am liebsten mit rückwirkender Kraft. Sofort stiegen alle Leistungen der Kassen an. Dagegen erfolgte der gerechte Ausgleich für die Kassen, die Erhöhung der Beiträge, nicht so schnell. Zwei bis drei Monate vergingen, ehe die Kassen durch eine alle überlebte Gesetzgebung und Verordnungen die erhöhten Beiträge erhielten. Auch eine notwendig werdende Erhöhung bis zu 10 Proz. des Grundlohnes verhinderte die Gesetzgebung. Bei bestimmten Erhöhungen ist nicht nur die Mehrheit der Arbeitnehmer, sondern auch die der Arbeitgeber erforderlich. War diese nicht zu erreichen, so mußte die Erhöhung unterbleiben. Bei einer großen Kasse sollte die Erhöhung auf 10 Proz. erfolgen. Die Mehrheit der Arbeitgeber lehnte das ab und beschloß, nur bis 9 Proz. zu gehen. Deyt hat die Aufsichtsbehörde die Beiträge unter gleichzeitiger Herabsetzung der Leistungen zwangweise auf 11 Proz. festgesetzt. Darf man zur Bezahlung des Arzthonorars zu erhalten ist selbst bei Zahlung sehr hoher Zinsen nicht möglich.

Die Ausgaben für Krankengeld für das 4. Vierteljahr 1922 betragen bei etwa 13 größeren und kleineren Kassen 33 Proz. gegen 17½ Proz. im Jahre 1921; die Kosten für Arznei und Heilmittel stiegen von 12 Proz. auf 27 Proz. Das Honorar für die Ärzte stieg im gleichen Zeitraum von 13½ Proz. auf 38 Proz. der Beiträge.

Die Teuerungszuschläge der Kriegsbeschädigten. Der Reichsausschuß für die Kriegsbeschädigtenzentralen beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag auf Antrag der Sozialdemokratie eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Anherdem tritt eine Vereinfachung der Renten ein, bis die Frage der Renten- und der Teuerungszuschläge im Monat März durch eine Novelle zum Reichsversicherungs-Gesetz neu geregelt werden wird.

„Zum Schutze der Republik.“ W.B. meldet: Auf die beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingeleiteten Beschwerden der verschiedenen Ortsgruppen des Bundes der Niederdeutschen gegen die von den Ministerien in Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-Deimold, Bremen und dem Senat der freien Stadt Hamburg erlassenen Verbote und Auflösungsverfügungen hob der Staatsgerichtshof die Verbote der betreffenden Landeszentralbehörden grundsätzlich auf, weil der Beweis nicht erbracht ist, daß die vom Bund angestrebten Ziele gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen. Verworfen wurde nur die Beschwerde gegen das vom preussischen Ministerium des Innern ergangene Verbot.

Wirtschaft

Der Verkauf deutscher Patente.

Eine Erklärung der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Drei Jahre sind seit dem Verkauf deutscher Patente zur Fabrikation von Stickstoff an Frankreich verfloßen. Die französische Kammer hat sich mit dem Vertrag, wie wir berichteten, befaßt. Erst jetzt, nachdem die Angelegenheit einen Sturm der Entrüstung entsetzt hat, sieht sich die Badische Anilin- und Sodafabrik zu einer Erklärung veranlaßt. Sie teilt unter anderem mit:

Durch die im Vertrag Friedensvertrag erfolgte Begegnung ihrer Patente wurde die neue deutsche synthetische Stickstoffindustrie schuglos. In Amerika und England sind infolgedessen auch Konkurrenzfabriken entstanden.

Frankreich, welches die Stickstofffabrik in Oppau während der langen Monate des Waffenstillstandes durch einen Etat von Kontrolloffizieren (Ingenieuren und Chemikern) besetzt hielt und alle Einzelheiten des Verfahrens durch zahlreiche Kommissionen studieren ließ, verschaffte sich hierdurch neben den Patenten Kenntnis des gesamten Fabrikationsganges.

Unter dem Zwang dieser Verhältnisse mußte es als ein Erfolg bezeichnet werden, daß es im Einverständnis mit der deutschen Regierung gelang, mit den Franzosen im November 1919 ein Abkommen zu treffen, demzufolge eine französische Fabrik nach dem Haber-Bosch-Verfahren zur Deckung des französischen Bedarfs errichtet werden sollte. Für den deutschen Inlandsmarkt bedeutete das Abkommen mit den Franzosen die ungestörte Weiterentwicklung des Betriebes in Oppau und damit die Sicherstellung des Stickstoffbedarfs der deutschen Landwirtschaft in den letzten drei Jahren.

Wenn die Franzosen heute von Deutschland über die Mengen aus dem Vertrag hinaus die zehnfachen Mengen an Stickstoff verlangen, so ist diese Forderung von Deutschland zurückgewiesen worden, weil die Franzosen auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die Möglichkeit hatten, schon vor drei Jahren eine Stickstofffabrik zu bauen. Hätten die Franzosen den Vertrag sofort ratifiziert und eine Stickstofffabrik errichtet, so würden sie schon seit Jahr und Tag ihren Bedarf an eigener Produktion haben decken können. Es ist deshalb für jeden rechtlich denkenden Menschen unverständlich, daß heute Frankreich trotz des Vertrages mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik aus dieser eigenen Veräußerung eine Verletzung Deutschlands konstruieren will.

Der Vertrag mit Frankreich vom November 1919 ist seitens der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossen worden nicht in der Absicht, irgendwie Geldgewinn zu machen, sondern einzig und allein, um die fabriktionshemmende Fessel der feindlichen Besetzung der Fabrik zu sprengen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, hat die Fabrik nichts getan, um eine praktische Ausführung des Vertrages hinzuwirken, mit dem Ergebnis, daß bis heute — über drei Jahre nach Vertragsabschluss — noch nicht mit dem Bau der französischen Fabrik begonnen ist.

Demnach wurde der Vertrag nicht in der Absicht, sondern nur mit dem Erfolg des Geldgewinns abgeschlossen. Wie dem auch sei, unverständlich bleibt, daß man hier ohne Bedenken Patente an den „Erbfeind“ verkauft hat. Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, daß sich die Bergarbeiter ähnlichem Zwang nicht unterworfen haben, und erleben es heute, wie auch die Unternehmer des Ruhrgebiets ein derartiges Ansinnen ablehnen. Mag man selbst anerkennen, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik unter außergewöhnlichem Druck gestanden hat, so hätte sie, wollte sie patriotisch handeln, den Erlös aus dem Vertrag der Allgemeinheit zur Verfügung stellen können. So freuen sich die Aktionäre, und das ganze bleibt ein Privatgeschäft, das dadurch nicht geadelt wird, daß man seinen Inhalt mehrere Jahre hindurch der deutschen Öffentlichkeit gesüßentlich vorenthalten hat.

Die Festsetzung der Kalipreise.

Am 13. d. M. tagte, wie bereits gemeldet, die vom Reichskalibrat zum Zweck der Festsetzung der Kalipreise eingesetzte Sachverständigenkommission. Nach einer vorausgegangenen Sitzung der Vertreter des Kalibrats mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Körperschaften beschloß die Sachverständigenkommission eine Preiserhöhung von 7 bis 10 Proz. Die Arbeitnehmervertreter gaben dabei die folgende Erklärung ab:

Nachdem sämtliche Vertreter der Kalibratsindustrie und des Kalibrats die beantragte Preiserhöhung für das mindeste betrachten, was zur Inbetriebhaltung der Werke notwendig ist, nachdem ferner der Vertreter des Herrn Reichswirtschaftsministers die dringende Notwendigkeit der Preiserhöhung in dem beantragten Umfang anerkannt, erklärten sich die Arbeitnehmervertreter bereit, für die auf der Grundlage der Einigung zwischen Kalibratsindustrie und landwirtschaftlichen Körperschaften erfolgte Preiserhöhung zu stimmen.

Auch nach der letzten Kalipreiserhöhung bleibt die Erhöhung der Preise bei weitem hinter den Preissteigerungen für Stickstoff und Phosphors zurück. Für die Landwirtschaft ist die Kalidüngung immer noch der billigste Kunstdünger.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 502,74 Geld, 505,26 Brief; 100 österreichische Kronen abgestempelt 27,08 Geld, 27,22 Brief; 1 tschechische Krone 373,55 Geld, 376,44 Brief; 1 ungarische Krone 7,18 Geld, 7,22 Brief; 1 bulgarische Krone 106,73 Geld, 107,27 Brief; 1 jugoslawische Dinar 191,52 Geld, 192,48 Brief. — 1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 42 Pf.

Letzte Nachrichten.

Raubüberfall auf Postamt Teltow.

Berlin, 15. Februar. (W.B.) Heute abend, kurz nach 7 Uhr, hielt vor dem Postamt Teltow ein Automobil, dem etwa sieben bis neun junge Burschen im Alter von 25 Jahren entstiegen. Die sich sofort in das Postamt begaben und dort mit Armeepistolen die anwesenden Damen in Schach hielten. Um sich unentdeckt zu machen, hatten sie schwarze Masken vor das Gesicht gebunden. Sie raubten die Bestände an Brief- und Wertmarken im Betrag von etwa zwei Millionen Mark. Dann wollten sie den Beamten, welche den Fernsprechtisch aufrecht erhielten, die Handtaschen wegnehmen; sie bekamen sich aber und erklärten großmütig, daß sie sich an Privateigentum nicht bereichern wollten. Um eine Benachrichtigung der Polizei zu verhindern, hatten sie die Fernsprechtastaturen zerschneiden; dann bestiegen sie den Kraftwagen und saßen davon. Obwohl man die Polizeiverwaltungen in den umliegenden Ortschaften Dahlem, Nikolassee, Wannsee und Lichterfelde benachrichtigte, konnten die Täter nicht mehr gefaßt werden. Sämtliche Automobile, welche diese Ortschaften passierten, wurden angehalten und die Personalien der Insassen geprüft. Die Räuber befanden sich aber bereits in Sicherheit.

Gewerkschaftsbewegung

Ruhhilfe.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ des ADGB bringt über die Organisation der „Ruhhilfe“ folgende aufklärende Mitteilung, die wir wiedergeben uns schon deshalb verpflichtet fühlen, um den von den Kommunisten ausgeführten Behauptungen den Boden zu entziehen.

Die Organisation zur Durchführung der „Ruhhilfe“ ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem paritätischen Vorsitz des Kom. Rats Dr. Frank und des Genossen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB). Die Geschäftsführung ruht in den Händen eines engeren Vorstandes von fünf Arbeitgebern und fünf Gewerkschaftsvertretern unter dem Vorsitz von Dr. Haberbrunner und Adolf Cohen, dem die Geschäftsführer der Zentralarbeitsgemeinschaft und ein Bankfachverständiger beigegeben sind.

Der Geschäftsführende Vorstand hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin SW 48, Wilhelmstr. 130 II. Als Zentralstelle für die Zusammenziehung der eingehenden Spenden ist unter der Bezeichnung „Ruhhilfe“ beim Girokonto der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, ein besonderes Konto eröffnet. Zugleich ist ein Postfachkonto „Ruhhilfe“, Postfachamt Berlin Nr. 57 200 errichtet worden. Alle für die „Ruhhilfe“ bestimmten Spenden können also bei jeder Bank, Sparkasse, Genossenschaft usw. zur Gutschrift auf obiges Konto bei der Reichsbank, Berlin, oder auf obiges Postfachkonto eingezahlt werden.

Es sind in Gewerkschaftskreisen Fragen laut geworden, ob die „Ruhhilfe“ einzig für die Opfer im Ruhrgebiet bestimmt sei. Es heißt in den Richtlinien ausdrücklich: „Die Organisation und die Mittel der „Ruhhilfe“ sollen in weitestem Maße zur Linderung der durch die Besetzung und Abföhrung deutschen Gebietes am Rhein und Ruhr, sowohl im besetzten wie im übrigen Reichsgebiet entstehenden wirtschaftlichen Not dienen.“ Das Wirkungsbereich wird sich damit

auf das gesamte deutsche Reichsgebiet

nach Maßgabe der notwendig werdenden Hilfe erstrecken. Es ist sogar anzunehmen, daß außerhalb des eigentlichen Ruhrgebietes, vor allem im alibeherrschten Gebiet, die allgemeine Notlage bald dringlicher sein wird, als an der Ruhr selbst.

Um ein Gegeneinanderarbeiten und Ueberfahren mit der Sammlung „Ruhhilfe“ und den besonderen Hilfsmaßnahmen der Regierung zu vermeiden, nehmen Vertreter der Regierung mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Geschäftsführenden Vorstandes teil; außerdem ist eine wechselseitige Vertretung in den geschäftsführenden Vorständen der „Ruhhilfe“ und des „Ruhopfers“ herbeigeführt.

Welche besonderen Verwendungsformen für die Mittel der „Ruhhilfe“ gewählt werden müssen, muß sich erst aus der Praxis ergeben. Die Aufgabe wird vermutlich schon sehr bald Mittel für die verschiedensten Zwecke erforderlich machen, besonders für eine großzügige Kinderhilfe (Bekleidung und Beköstigung, Verpflegung von Kindern aufs Land und ins Ausland), Fürsorge für Erwerbslose, Erwerbsbeschränkte, Arbeitsunfähige und dergleichen, Fürsorge durch Bereitstellen und Heranschaffung von Lebensmitteln usw. Daß die Mittel der „Ruhhilfe“ diesen Fürsorgezwecken, unter Ausschließung von Verwaltungskosten,

reißlos nutzbar gemacht werden,

dafür bürgt der paritätische Verwaltungsrat und der Vorstand. Aus kommunistischen Kreisen sind natürlich geflüstert die tollsten Gerüchte verbreitet worden, z. B.: die Mittel sollten der Entschädigung der Fabrikanten dienen, oder es sollten damit die von den Franzosen gegen die Bergwerksbesitzer verhängten Strafen bezahlt werden. Damit wollte man die Fürsorgegelder bei den Arbeitern in Mißkredit bringen. Auf solchen hanebüchernen Unsinn fällt kein vernünftiger Arbeiter herein. Trotzdem sei noch einmal in aller Form darauf verwiesen, daß die eingehenden Spenden in weitestem Maße zur Linderung der Not in allen deutschen Gauen dienen sollen. Und darum ist die größtmögliche Zentralisierung der Sammlungen notwendig. Es muß durch eine gemeinsame Sammlung, die unter streng paritätischer Verwaltung steht, verhindert werden, daß neben-

her Sammlungen laufen, die einen großen Teil der Spenden, zumal des Auslandes, an sich ziehen und deren Verwendung sich indirekt gegen die Arbeiterbewegung richtet. Dieses sehen die Ortsausschüsse und Gewerkschaftsmitglieder, wie sich zeigt, auch durchaus ein. Nach einigen anfänglichen Schwierigkeiten, die hier und dort auftraten, weil man die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion nicht erkannte und nicht klar sah, daß für eine paritätische Kontrolle der Gelder Sorge zu ergreifen war, münden die Sammlungen und Spenden nunmehr fast überall in die „Ruhhilfe“ ein.

Grundlag ist, daß jeder Arbeiter zur Linderung der Not mindestens einen Stundenlohn opfert, während die Arbeitgeber die Zahlung des Vierfachen eines Stundenlohnes der Gesamtheit zugunsten. Zu beachten ist, daß nach einer Erklärung der Regierung die Spenden in voller Höhe steuerfrei sind. Soweit also vereinbarungsgemäß der Abzug der Spenden vom Lohn erfolgt, ist für diesen Teil des Lohnes die Einkommensteuer nicht abzuziehen.

Der Schiedsspruch in der Metallindustrie angenommen.

Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch für die Metallindustrie ist gestern abend von den Berliner Funktionären des Metallarbeiterverbandes angenommen worden. Die neuen Sätze betragen:

Arbeiter über 21 Jahre: Klasse I 1100 M., Klasse II 1070 M., Klasse III 1040 M., Klasse IV 1000 M., Klasse V 970 M. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren: Klasse I 935 M., Klasse II 910 M., Klasse III 880 M., Klasse IV 850 M., Klasse V 825 M.

Die Akkordarbeiter erhalten auf ihre Akkordbasis einen festen Stundenzuschlag in Klasse I von 375 M., in Klasse II von 365 M., in Klasse III von 360 M., in Klasse IV von 340 M., in Klasse V von 330 M. Das gilt für alle Arbeiter vom 18. Lebensjahre ab.

Weibliche Arbeiterinnen über 21 Jahre erhalten 745 M., zur Akkordbasis einen festen Stundenzuschlag von 255 M. Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahren erhalten einen Stundenlohn von 620 M., Stundenzuschlag zur Akkordbasis 255 M.

Männliche Jugendliche von 14 bis 15 Jahren erhalten 230 M., von 15 bis 16 Jahren 260 M., von 16 bis 17 Jahren 310 M., von 17 bis 18 Jahren 440 M. Weibliche Jugendliche von 14 bis 15 Jahren erhalten 220 M., von 15 bis 16 Jahren 235 M., von 16 bis 17 Jahren 280 M., von 17 bis 18 Jahren 410 M.

Wieder ein „Verrat“.

In Nr. 6 der „Solidarität“, des Verbandsorgans der graphischen Hilfsarbeiter, wendet sich der 1. Verbandsvorsitzende Genosse Bucher an die Mitglieder mit der Frage, ob der in diesem Jahre nach dem Statut fällige Verbandstag stattfinden soll oder nicht. Verbandsvorsitzend und Gauleiter haben beschlossen, die Mitglieder darüber durch Urabstimmung entscheiden zu lassen. Die unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse, die es einem Verbandsparlament unmöglich machen, sich auch nur für kurze Zeit auf bestimmte Beschlüsse festzulegen, die bereits erfolgte grundsätzliche Zustimmung der Mitglieder zur Tarifpolitik des Verbandes und nicht zuletzt die finanzielle Lage der Organisation, die ihre Gäter lieber für Kampf- und Unterhaltungswecke den Mitgliedern zur Verfügung halten will, als viele Millionen zur Abhaltung der jetzt nicht unbedingt notwendigen Generalversammlung auszugeben, sind die Gründe für die von den Verbandsinstanzen vorgeschlagene Vertagung. Da die endgültige Entscheidung darüber bei den Mitgliedern liegen soll, sind auch die statutarischen Bestimmungen eingehalten, ist das Mitbestimmungsrecht der Organisationsangehörigen gewahrt.

Man sollte annehmen, daß diese ganze Angelegenheit nur die Mitglieder des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter angeht, von der man Kenntnis nehmen kann oder auch nicht. Nur hat leider Genosse Bucher vergessen, vorher bei der Redaktion der „Roten Fahne“ anzufügen, ob auch sie mit der geplanten Maßnahme einverstanden ist. Er wird für diese Unterlassungslünde von dem kommunistischen Blatt angepöbel. Ihm und der gesamten Verbandsleitung werden da so einige „Wahrheiten“ gelogt: „Er will sich vor der Abrechnung retten, die mit tödlicher Sicherheit auf dem Verbandstag erfolgen muß. Die von ihm in den letzten drei Jahren betriebene Politik des willkürlichen Hinterhertumelns hinter den hinterrotteten Tarifgemeinschaftsillusionen der Buchdrucker hat den Hilfsarbeiterverband zu einer zweifelhafte Verwaltungsstelle dieses Verbandes gemacht.“ „Anjenerierung dieser Gemeinheit.“ Zum Schluß ruft das Blatt die graphischen Hilfsarbeiter auf, den „angstschlatternden Bürokraten nicht die Abrechnung zu ersparen“.

Der Verbandsvorsitzende der graphischen Hilfsarbeiter ist jetzt in einer armen Klemme. Aber nicht er allein. In Berlin hat der Obmann der Hilfsarbeiter in der Reichsdruckerei, der 4000 Mitglieder vertritt und ein strammer Kommunist ist, dem Berliner Bevollmächtigten seine Zustimmung zur Vertagung des Verbandstages ausgedrückt. Wie wird ihm ergehen? Die graphischen Hilfsarbeiter werden allerdings, da sie leider keinen Respekt vor der „Roten Fahne“ haben, sich im Sinne ihres Vorsitzenden bei der Urabstimmung entscheiden.

Schiedsspruch für die Schuhreparaturbranche.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat am Mittwoch für die Schuhmacher der Reparaturbranche Groß-Berlins folgenden Schiedsspruch gefällt: Die im Nachtrag 2 vom 24. Januar 1923 zum Zusatzvertrag zum einheitlichen Mindestlohnvertrag der Schuhmacher Groß-Berlins festgesetzten Löhne werden erhöht für die Zeit vom 12. bis 18. Februar um 60 Proz., für die Zeit vom 19. bis 25. Februar um 90 Proz. Der Mindestlohn beträgt demnach für neue Arbeiten 880 M. bzw. 1045 M., für Reparaturen 720 bzw. 855 M. Für orthopädische Betriebe erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz.

Zahnbewegung der Bergarbeiter in Frankreich und Belgien

Bisher haben die deutschen Kohlenlieferungen auf die Löhne der Arbeiter in Frankreich, Belgien und England gedrückt. Nun diese Lieferungen seit einem Monat ausbleiben und auch noch weiter ausbleiben werden, benutzen die Bergarbeiter Belgiens und Frankreichs die für sie günstige Situation, um eine Erhöhung der Löhne zu fordern. Daher der Streik in den lothringischen Gruben und die auch in den anderen Kohlenzentren Frankreichs einsetzende Bewegung. Eine gleiche Meldung aus Brüssel sagt, daß im größten Teil der belgischen Bergwerksbezirke die Bergleute eine Lohnerhöhung von 25 Proz. gefordert haben. Im Borinage, dem größten Kohlenzentrum Belgiens, sind bereits am Mittwoch 3000 Bergleute in den Streik getreten.

Wichtig, Uepp. - Kundendienst! Heute nachmittags 5 Uhr Sitzung des Aktionsausschusses bei Baum, Großschiffbau, 47. Eintritt haben nur die Mitglieder des Aktionsausschusses. Vollständiges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Bergwerksgewerkschaft, Kohlenzone Glatz. Montag abend 7 Uhr im Gewerkschaftsraum Mitgliederversammlung. Bericht der Lohnkommission. In dieser Versammlung muß jeder Kollege erscheinen. Mitgliedsbuch ist vorzubringen. Scherengewerkschaft im ADGB. Die nächste Sitzung findet nicht Sonntag, sondern am Dienstag, den 20., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 5, statt.

Aus der Partei.

Materialzusammenstellungen des Zentralbildungsausschusses.

Zur Förderung der Bildungsarbeit und zur Unterstützung der Tätigkeit unserer Referenten und Funktionäre gibt der Zentralbildungsausschuß in zwangloser Folge unter dem Titel „Arbeiterbildung“ Materialzusammenstellungen heraus, von denen soeben Heft 3 erschienen ist. Es bringt eine ausführliche Disposition für einen Vortrag über Karl Marx von Karl Kautsky anlässlich des 40jährigen Todestages unseres großen Meisters am 14. März, außerdem Anregungen und eine Auswahl geeigneter Gedächtnis für eine würdige Marx-Gedenkfeyer. Ferner sind erschienen zwei neue Kurisdispositionen und zwar Marquardt: „Geschichte des Sozialismus vom Altertum bis zur Gegenwart“ und Kirsch: „Werden und Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Jedes Heft kostet 150 M. und ist zu beziehen gegen Voreinsendung des Betrages und 20 M. Porto oder unter Nachnahme durch den Zentralbildungsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (A. Weimann), Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Interessenten, die die regelmäßige Zulieferung der neu erscheinenden Materialien wünschen, wollen dies bei der Bestellung mitvermerken. Geldsendungen sind zu richten auf das Konto Heinrich Schulz Nr. 15 604 beim Postfachamt Berlin.

Beantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Uebersetzung: G. m. b. H., Berlin. Uebersetzung: G. m. b. H., Berlin.

Er raucht Batschari,
er ist Qualitätätraucher!

WO RAUCHEN?

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 1/2 Uhr
Madame Butterfly

Volksbühne
7 1/2 Uhr
Mein Leopold

Schauspielhaus
Neu einstudiert
7 Uhr
Wilhelm Tell

Deutsch. Theat.
7 1/2, Penthesilea
Sbd. 7 1/2, Improvisation im Juni

Kammerspiele
8: Der Kreis
Sbd. 8: Der Kreis

Gr. Schauspielh.
(Karinserie)
7 1/2: Die törichte Jungfrau

Sbd. 7 1/2
Die törichte Jungfrau

Sonntag, 2 Uhr
Maschinenstürmer

Theater 1. d.
Königsgrätz, Str.
7 30: Aus d. Leben d. Insekten

Komödienhaus
Kameraden

Berliner Th.
7, 15: Madame Pompadour

Hilde Wörner, Roberts, B&C, Haskel

Residenz-Th.

7 1/2, 8 1/2 Uhr
Es lebe das Leben!

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr
Sissi

Kleines Th.
Tägl. 8 Uhr
Die Unmoralischen

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2, 8 1/2 Uhr: Loge Nr. VII

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Macht d. Finsternis

SCALA
Uhr Internat.
Sonnt. 3 1/2 halb
Preis d. voll. Prog.

Deutsch Opernhaus
7: Der Maskenball
Große Volksoper
m. Theat. d. Westens
6 1/2, 7: Die Walküre
Intimes Theater
8 1/2: Frau Adas & m.
1. d. Die G'schamige Lustspielhaus

Metropol-Theater
7 1/2: New York-Berlin
Stg. 3: Die Bajadere
Neues Operett.-Th.
7 1/2: D. neue Gilbert

Katja, die Tänzerin
mit Margit Suchy,
Math. Beckersachs,
Paulsen, Tiedike,
Gross, Kamelick

Stg. 3: Die neue Asstora
m. Karid Polakow, m. Das Neues Th. am Zoo
7 1/2: Das Silber-Schwert
Dorine u. der Zufall
Neues Volkstheater
7 1/2: Laun d. Verliebte.
Der Nette als Onkel

Renaissance-Theat.
7 1/2 Uhr: Die Juden Gastsp. Em. Reicher
Schiller-Th. Charl.

U. Großstadtluft
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Jahr ohne Liebe
Th. a. Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: Königin der Straße
Stg. 7 1/2: Fährten im Wald
Theater 1. d. Nollendorf-Pl.
7 1/2 Uhr: Katte
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der kühne Schwimmer

Romische Oper

(2 1/2) Dir.: James Klein (17 1/2)
Internat. Revue in 25 Bildern

Europa spricht davon
100 Mitwirkende! 6 Balletts
Mr. Jackson vom Alhambra-Theater
in London mit seinen engl. Girls
sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film
Vorverkauf unangetroffen

Wien-Berlin

Unterhaltungs-Varieté

8 Uhr Das große Varieté-Programm!
Das größte Schauspiel-
absolut Beinahe
Verfüllt. Programm

ADMIRALSPALAST

Sonntag, 18. Febr., mittags
11 1/2 Uhr:
Konzert der Kammermusik-Vereinigung
der Kapella der Staatsoper
Solistin: Hertha Dehmow
Programm: D-dur Diversimento -
Mozart, Quintett - Gungl, Au-
dem Forellenquintett - Schubert
Der Vorverkauf hat begonnen

WINTERGARTEN

Varieté-
Spielplan
Kausen gestaltet!

aplplan vom 18.-22. E. 23

JFA PALAST A. ZOO
Ein Glas Wasser

TAUENTZENPALAST
Der Frankensaal

U. T. KURFÜRSTEND
Schlingende Wetter

MOZARTSAAL
Nora

KAMMERLICHTSP.
Der Rhein

U. T. NOLLENGORFFPL.
Stadt in Sicht

U. T. FRIEDRICHSTR.
Unter Wägen und wilden Tieren

U. T. ALEXANDERPL.
Dämon Zirkus.

U. T. WEINBERGSWEG
Die Lansen der Nelly Burks

U. T. SCHÖNEBERG
Von 18.-19. 9. 23:
Rosa Bernd
Von 20.-21. 2. 23:
Stadt in Sicht

U. T. BASENHEIDE
D. stolzerne Reiter

Admirals-Varieté

7 1/2 Febr.-Programm
unübertrefflich

Eine Warnung
an die deutsche Jugend
Nennst du dich
Fremdenzöglin
Die Sensation Berlins
7 1/2 im 7 1/2

Circus Busch

Reichshallen-Th.
Abend 7 1/2, Dr. Sonntag
nachm. 3 Uhr
habe Preise
STETTINER
Säng.
Hörselt-
Brutt!
nd. 7 1/2

BTL
Potsdamer Str. 3
Turmstr. 12
108 Mäde aus
der Hölle
mit
Lyn Mara

1. Februar, 7 1/2 Uhr
Meisters, Sonntag, 2 Uhr
Neue Lichtungen v.
Ernst Toller.

Urania

Steinachs
Forschungen
II.

**Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler
und Pianofortearbeiter zu Berlin.**
Auf Grund der Verordnung über
Grundlohn vom 1. Februar 1923
und Beschluß des Vorstandes wird der
Grundlohn der höchsten Stufe auf 3000 M.
erhöht. Diese Erhöhung tritt am
19. Februar 1923 in Kraft. Ähderer Be-
stimmungen über Einzahlung der Lohn-
beiträge, Höhe der Beiträge und des Kran-
kengebührens werden den Arbeitgebern durch
Kundenscheine zugestellt.
Der Vorstand. 177.20
Dr. Reersbach, D. Guhl.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73 a, 5. Miß. vom Bhf. Frankfurter Allee

empfeht zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausfüh

Gegründet 1876

Küche farblich und naturisier
in allen Preislagen

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und
besseren Genres

Die Kohlennot der Berliner Schulen.

Der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter „glücklich“ gewählt.

Gestern hatte sich die Versammlung zunächst mit einer Reihe von Dringlichkeitsanträgen zu befassen, da von sechs vorgelegten Anträgen dieser Art nur einer auf Widerspruch stieß. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der den Magistrat ersucht,

wöchentliche Abschlagszahlungen auf die Monatsgehälter

der Hilfs- und Tarifvertragsangestellten zu leisten, wurde vom Genossen Radtke mit dem Hinweis auf die rapiden Fortschritte der Geldentwertung und mit der Notwendigkeit einer allg. ein durchzuführenden Abhilfemaßregel begründet, da auch die Not eine allgemeine sei. Oberbürgermeister Böck konnte nicht umhin, die Berechtigung der Forderung anzuerkennen, wies aber auf die Zwangslage hin, in der sich der Magistrat befindet, der bei seinen bezügl. Bemühungen bei den obersten Reichsinstanzen kein Gehör gefunden habe; es seien schließlich den Städten Vorschüsse bzw. Darlehen in Aussicht gestellt worden; aber bis zur Erfüllung einer dieser Forderungen vergehe erfahrungsmäßig unendlich viel Zeit. Der Antrag Heimann wurde dem Tarifsausschuß überwiesen. — Drei die Berliner Milchbewirtschaftung betreffende Anträge der Wirtschaftspartei sollten in der nächsten Sitzung erörtert werden. — Ein Antrag der Demokraten ersucht, in der Erwägung, daß die wachsende Verteuerung der notwendigen Lebensmittel die Volksernährung immer weiter beeinträchtigt und zu einer schweren Gefährdung der staatlichen Ordnung führen kann, den Magistrat mit größtem Nachdruck bei den Reichs- und Staatsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß alle brauchbaren Maßnahmen zu einer Verringerung des unentbehrlichen Lebensbedarfs schleunigst durchgeführt werden. Insbesondere soll die Reichsregierung darauf hingewiesen werden, daß eine

wesentliche Ermäßigung der Gültertarife

auf den Reichsbahnen für Brotgetreide, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Vieh und Milch unter allen Umständen und unverzüglich erfolgen muß; die dem Reichstage vorgelegten Verschärfungen der Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln solle sofort verabschiedet und rückwirkend angewandt werden. Endlich soll der Magistrat für ausreichende Milchversorgung und für wesentliche Herabsetzung des Milchpreises für Säuglinge, Schwangere, kleine Kinder und Kranke Sorge tragen. Einstimmig nahm die Versammlung diesen Antrag an. — Dagegen fand ein Antrag der Kommunisten, der die Beteiligung des wachsenden Mißverhältnisses zwischen den Bezügen der Staats- und der städtischen Arbeiter zum Gegenstande hatte, auf der rechten Widerspruch und wird erst über acht Tage verhandelt werden.

Hierauf wurde von der 67 Punkte umfassenden Tagesordnung diesmal der allgeringste Teil in raschestem Schrittmah erledigt. Der Antrag der Sozialdemokraten betr. den

Friedhof der Märzgefallenen

ging an einen Ausschuß. Die Dringlichkeitsvorlage wegen des Abschlusses eines neuen Grunderwerbsvertrages mit der Anordnungs-K.G. in Lichtenberg wurde angenommen.

Ein Antrag des Zentrums betr. Nachprüfung aller von der Stadt an gemeinnützige Vereine und dergleichen gewährten Unterstützungen überwies die Versammlung dem Haushaltsausschuß. Ein weiterer Antrag, gemeinsam von den Kommunisten, Demokraten, Sozialdemokraten und dem Zentrum gestellt, will den Magistrat ersuchen, diejenigen Schulen, die aus Mangel an Kohlen bereits den Unterricht eingestellt haben, sofort mit dem erforderlichen Heizmaterial zu beliefern und dafür zu sorgen, daß sämtliche Schulen so mit Kohle beliefert werden, daß der Unterricht bis zu den Osterferien ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Der Oberbürgermeister gab Kenntnis von einem im wesentlichen diesem Verlangen entsprechenden Magistratsbeschlusse.

Aus der Debatte ging indessen hervor, daß der Magistrat sich trotz der früheren Abweisung zum zweitenmal um die Genehmigung von drei Wochen Kohlerferien an den Oberpräsidenten gemeldet hatte. Scharf gerügt wurde auch die mangelnde Kontrolle bei der seit Jahren fortwährenden Kohlenbelieferung der Schulen; Dr. Löwentstein sprach darüber von einem „Schindrian“, der eingerissen sei. Auch dieser Antrag gelangte zur einstimmigen Annahme.

Sodann fand der Antrag zur Vergünstigungsteuerordnung Annahme. 20 Millionen für das „Deutsche Volkssopha“ will der Magistrat spenden.

Genosse Czerninski erklärte, die Fraktion habe zuerst gegen die Zustimmung Bedenken gehabt, sei aber bei der Entwicklung, die

die Dinge im Ruhrrevier genommen hätten, und angesichts der Möglichkeit, daß die Folgen der Ruhrbelegung sich bald auch auf die Berliner Arbeiterschaft auswirken möchten, davon zurückgekommen. Hoffentlich werde der Magistrat in diesem Falle auch dafür sorgen, daß dem Teil der Bevölkerung, der besonders Not leide, geholfen werde und daß auch den Vertretern der Arbeiterschaft Gelegenheit zur Kontrolle der Verwendung der gesammelten Gelder gegeben werde. Dr. Rosenberg (Komm.) lehnte jede Beteiligung an der Spende ab. Die

20 Millionen wurden bewilligt.

ein Antrag der Kommunisten, die Summe dem Reichsausschuß der deutschen Kommunisten zu überweisen, abgelehnt.

Mit 96 gegen 84 Stimmen wurde beschloffen, die Forderung von 15 Millionen Mark für 500 Müllkästen für Neukölln dem Etatsausschuß zur Vorprüfung zu überweisen.

Die Vorlage wegen Gewährung von Zuschüssen an das Zentrale Privattheater in der Fruchtstraße wurde angenommen, nachdem ein Antrag der Sozialdemokraten auf Ausschlußberatung mit 96 gegen 94 Stimmen gefallen war.

Die Beratung der zu Anfang eingebrachten Dringlichkeitsanträge betr. die Milchbewirtschaftung wurde verschoben, weil die Ernährungsdeputation mit derselben Materie noch in Beratung begriffen ist.

Der Antrag der Deutschnationalen wegen Freibehaltung der 2. Klasse in den städtischen Krankenhäusern wurde einem Ausschusse überwiesen. Genosse Dr. Wegl trat den Argumenten der Vorsitzenden dieses rücksichtlichen Verlangens, Detheffen (Dnat.) und Dr. Falkenberg (DNV.) entgegen.

Um 19 Uhr schritt man zur wiederholt vertagten Wahl des zweiten Vorsteher-Stellvertreters, für welche der Vorsitz der Beschlusfähigkeit außer Kraft gesetzt hatte. Gewählt wurde Dr. Wegl (Dem.) mit 91 von 94 abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten protestierten gegen diese nach ihrer Ansicht ungültige Wahl. Wegen Beschlusfähigkeit fand die Sitzung gegen 9 Uhr ein vorzeitiges Ende.

Eine Zufluchtsstätte für Mutter und Kind.

Eröffnung des Neuköllner Säuglings- und Mütterheims.

In Neukölln ist trotz allen durch die Not der Zeit verursachten Erschwerungen ein der Säuglings- und Mütterfürsorge dienendes Werk zustande gekommen, das den Groß-Berliner Wohlfahrts-einrichtungen sich als ein wertvolles Glied einreicht. Das Säuglings- und Mütterheim des Verwaltungsbezirks Neukölln, das am Mariendorfer Weg gegenüber der Brandenburgischen Hebammenlehranstalt errichtet worden ist, konnte gestern durch einen Festakt eingeweiht werden.

Als Dezerent des Neuköllner Gesundheitswesens gab Stadtrat Dr. Silberstein einen Überblick über Entstehung, Zweck und Bedeutung der neuen Anstalt. Schon in der Kriegszeit wurde 1917 der Plan gefaßt, ein Säuglings- und Mütterheim zu schaffen, das mit der Hebammenlehranstalt und Gebärstalt in eine gewisse Verbindung gebracht werden sollte, und kurz nach Kriegsende kam es dann 1919 zu Beschlüssen der Neuköllner Gemeindebehörden. Die Brandenburgische Provinzialverwaltung unterstützte das Werk. Die Ausführung begann 1920, mußte wegen Mangel an Mitteln 1921 unterbrochen werden, wurde 1922 wieder aufgenommen und ist jetzt beendet, so daß die Anstalt in Benutzung genommen werden konnte. Das Säuglings- und Mütterheim soll aus der Hebammenlehranstalt entstammende Neugeborene samt den Müttern bei vorhandenem Bedürfnis auf einige Monate übernehmen, soll auch kranken oder schwächlichen Säuglingen aus Familien eine geordnete Pflege und die Möglichkeit der Ernährung mit Muttermilch bieten und soll weiter eine Lehrstätte zur Ausbildung von Hebammenhelferinnen in Säuglingspflege sein. Wegen Mangel an Mitteln muß man sich auf Belegung mit nur 60 Säuglingen und 20 Müttern statt mit 130 Säuglingen und 40 Müttern beschränken. Angesichts der in letzter Zeit beobachteten Zunahme der Säuglingssterblichkeit Neuköllns ist sehr zu wünschen, daß in nicht zu fernher Zeit die volle Belegung der Anstalt möglich wird, zumal da sofort nach Eröffnung die bisher vorhandenen Betten sämtlich belegt werden mußten. Mit Dankesworten gedachte

Stadtrat Dr. Silberstein des früheren Neuköllner Stadtbaurats Zißler (jetzt Oberbaurat in Mannheim), von dem die Baueinwürfe herrühren. Prof. Dr. Orgler, der ärztliche Leiter des Heims, machte nähere Mitteilungen über den Betrieb. Als Vertreter des Magistrats Berlin begrüßte Stadtmedizinrat Dr. Rabenow den Verwaltungsbezirk Neukölln, der mit dieser Anstalt ein nachahmenswertes Muster hingestellt habe. Ueberhaupt zeige die Verwaltung des Arbeiterortes Neukölln, fügte Rabenow hinzu, gutes Verständnis für die Aufgaben der Gesundheitspflege. Um das Gelingen dieses neuen Werkes habe sich besonders Stadtrat Dr. Silberstein unermüdet und erfolgreich bemüht. Prof. Hammerichlag, Direktor der Hebammenlehranstalt, überbrachte Glückwünsche der Provinzialverwaltung.

Au die Eröffnungsfeier schloß sich ein Rundgang durch das ganze Heim an. Das Licht der hellen Winter-sonne durchflutete die in laubem Weich strahlenden Räume. Die Säle und Zimmer für die Säuglinge liegen nach Süden, wo ihnen fast den ganzen Tag reichliche Besonnung zuteil wird. Loggien vor den Räumen dienen als offene Liegehallen, in denen die Kleinen in ihren Betten den Aufenthalt im Freien genießen können. Auch die Wohnräume der im Heim untergebrachten Mütter liegen nach Süden. Besondere Sorgfalt ist darauf verwendet worden, die Gefahr der Einschleppung ansteckender Krankheiten abzuwehren. Zur Beschaffung einwandfreier Milch stehen dem Heim die besten hygienischen Einrichtungen zur Verfügung.

Neue Polizeistunde ab Sonnabend.

Das Polizeiräudium ist vom Minister des Innern ermächtigt, die Polizeistunde auf 12 Uhr nachts heraufzusetzen, die bisherige Beschränkung geschlossener Gesellschaften bezüglich der Tanzveranstaltungen und öffentliche Tanzlokale, welche an drei Tagen der Woche von 8 Uhr abends ab zu stattfinden, welche Tage in Frage kommen, sollen die Interessentenverbände heute — Freitag — in einer Besprechung mit der Abteilung W des Polizeiräudiums in Vorschlag bringen. Die neue Verfügung soll im Laufe des heutigen Freitags erlassen werden und tritt am Sonnabend in Kraft.

Der Meineidsprozess von Oberschöneweide.

Ernst Malchow zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Nach dem Geständnis des Hauptangeklagten Malchow, nach dem er selbst der Vater des Kindes der Weida Köstke ist, stellte K. A. Dr. Jagg den Antrag, von einer weiteren Beweisaufnahme Abstand zu nehmen. Die Punkte, in denen Malchow auch nach Ablegung seines Geständnisses leugnet, seien durch Aussagen irgendwelcher Zeugen nicht zu klären, Der Staatsanwalt und der Verteidiger der Köstke, K. A. Dr. Wisloch, machten einige Vorbehalte, jedoch konnte der größte Teil der Zeugen als für den weiteren Verlauf der Verhandlung unerheblich entlassen werden.

Aus den im folgenden Teil der Beweisaufnahme sich immer persönlicher zuspitzenden gegenseitigen Auslagen der beiden Angeklagten ist noch hervorzuheben, daß Malchow die Köstke einmal in der Wohnung seiner Schwester derart geschlagen hat, daß sie blutete. Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärte Dr. Ortman, ob er sich denn, nachdem die alte Frau Köstke den Verkehr zwischen ihm und ihrer Tochter geduldet habe, gar keine Bedenken gehabt habe, die erst vierzehnjährige in solcher Weise zu mißhandeln, erwiderte Malchow mit der Miene des Dulders: „Ja, kann es nicht mehr ungeschehen machen. Ich wünschte, es wäre nicht geschehen. Die Köstke war mit 14 Jahren ausgeweiht und körperlich weiter fortgeschritten, als manches bedeutend ältere Mädchen.“ Er bestritt auf wiederholtes Befragen, das Mädchen zu den richterlichen Vernehmungen geleitet zu haben. Vors.: Aus welchen Kopf sind denn nun die Einzelheiten über den Verkehr zwischen der Angeklagten und dem Vater der Glotzer entsprungen? Malchow: Die Köstke hat das selbst erlunden. — Er gab zu, daß er ihr gesagt habe: Du kennst ja die Verhältnisse, du wußt dich selbst herausreden. Nachdem die Sache einmal im Fluß war, habe er sie laufen lassen, ohne sich weiter aktiv zu beteiligen.

Sehr kurz war die Vernehmung des Pastors Glotzer, der kurz nach dem Aufstehen der fälschlichen Gerüchte beim Konsistorium eine Anzeige gegen die Verleumder erstattet hatte. Diese sowohl als auch ein Zivilverfahren verliefen im Sande, weil das Gericht bei dem Mädchen nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Handlung voraussetzen zu können glaubte.

Der über den Geisteszustand der Köstke vernommene Medizinalrat Dr. Störmer gab an, daß sie bis zu ihrem 17. Lebens-

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Was dem amerikanischen Romanist überlegt von Julian Gumpert.

„Antoinette? Junge, die möcht' ich 'mal 'ne Nacht für mich haben!“

Ihre Schritte wurden schneller, als sie einen grasbewachsenen Weg hinuntergingen, der durch hohe Hecken zu einem Dorfe führte. Es war fast dunkel im Schatten der Büsche auf beiden Seiten. Ueber ihren Köpfen wurden die purpurnen Wolken von blasser, gelbem Licht überspült, das allmählich in Grau verbläute. Vögel zwitscherten und bewegten sich zwischen den jungen Blättern. Andrews legte seine Hand auf Chrisfields Schulter. „Wollen langsam gehen,“ sagte er. „Nicht zu schnell hier raustommen.“

Er packte nachlässig kleine Büschel Heckenblumen im Vorbeigehen.

„Nicht,“ meinte Chrisfield. „Wir werden heute nichts mehr zu essen kriegen. Es muß schon spät sein.“

Sie beschleunigten ihre Schritte wieder und kamen nach einem Augenblick an die ersten fest geschlossenen Häuser des Dorfes. In der Mitte der Straße war ein Feldgendarm, der mit gespreizten Beinen stand und seinen Polizeimüßpel lässig hin und her baumeln ließ. Er hatte ein rotes Gesicht, seine Augen waren auf das obere Fenster des Hauses geheftet, dessen Säulen herabgelassen waren; durch die Ritzen kamen einige Streifen gelben Lichtes. Er schwanke ein wenig unentschieden hin und her. Wählich kam ein Offizier aus der kleinen grünen Tür des Hauses. Der Feldgendarm rief mit einem Sprung die Haken zusammen und grüßte, hielt die Hand an die Mütze. Langsam erstarben die Schritte, als der Offizier die Straße hinunterging, dann nahm der Feldgendarm seine frühere Haltung wieder ein. Chrisfield und Andrews waren auf der anderen Seite vorbei und in die Tür eines kleinen, baufälligen Hauses geschlüpft, dessen Fenster mit schweren hölzernen Läden geschlossen waren. Sie kamen in ein Zimmer, das einst die gute Stube eines Bauernhauses gewesen war. Der Leuchter mit seinem Kristall und dem roten Samt unter einer Glasplatte bewies, daß das Mobiliar herausgenommen war und daß diese vier großen, vieredigen Tische erst nach-

träglich hineingestellt worden waren. An einem der Tische saßen drei Amerikaner und an einem anderen ein junger französischer Soldat, der über seinem Tisch zusammengesunken traurig in ein Glas Wein schaute.

Ein Mädchen in einer verblühenen Bluse, die die starken Rundungen ihrer Schultern und Brüste hervorhob, kam ins Zimmer, die Hände in den Taschen einer dunkelblauen Schürze, gegen die ihre runden Arme golden-braun abstachen. Ihr Gesicht hatte dieselbe goldene Farbe unter einer Last dunkelblonden Haars. Sie lächelte, als sie die beiden Soldaten sah und zog ihre dünnen Lippen über ihre häßlichen gelben Zähne hinauf.

„Geht's gut, Antoinette?“ fragte Andrews.

„Ja,“ sagte sie und sah über ihre Köpfe auf die französischen Soldaten, die an der anderen Seite des Zimmers saßen.

„Eine Flasche Rotwein, rasch,“ befahl Chrisfield.

„Brauchst heute nacht nicht so verdammt rasch zu sein, Chris,“ sagte einer der anderen Leute.

„Rasch? Wird heute keine Kontrolle sein, der Korporal hat es mir selbst erzählt.“

Andrews sah auf den Franzosen, der mit dem Gesicht im Schatten lag und dessen schwarze Augenlider die Augen bedeckten. Purpurn hatte sich seine olivfarbene Haut über den Backenknochen gefärbt. Chrisfield drehte sich ein wenig in seinem Stuhl um und sah auf den Franzosen. Er fühlte in seinen Augen für einen Moment den Blick der gelbbraunen Augen des Mannes. Andrews lehnte sich zurück gegen die Wand und schlürfte seinen dunkelfarbenen Wein, die Augen träumerisch zusammengezogen. Chrisfield kniffte ihn.

„Wach doch auf, Ando, schläfst du?“

„Nein,“ antwortete Andrews lächelnd.

„Nimm doch einen Schluck Kognak!“

Chrisfield goß un sicher noch zwei Gläser ein. Seine Augen sahen wieder auf Antoinette. Die verblühenen Bluse war am Rücken mit Haken zusammengehalten. Die ersten drei Haken waren auf und ließen eine goldene braune Haut und ein bißchen weißer Wäsche zum Vorschein kommen. Seine Augen verfolgten die Reihe der Haken, bis diese in der blauen Schürze verschwanden. Die verblühenen Baumwolle ihrer Bluse zeigte deutlich die Umrisse ihrer Brüste. Chrisfield sah sich mit beiden Händen die Bluse packen und aufreißen. Sein

Blut brannte von dem Kognak. Er beneigte seine Lippen mit der Zunge.

„Sag mal, Ando,“ brummte er und legte seinen Arm um den Nacken des Freundes. „Bist du die Nacht mit dem Mädchen bleiben?“

„Sag mir, was ich will, Ando. Mach weiter, Ando,“ flüsterte er laut.

„Antoinette, mein Freund verehrt dich,“ sagte Andrews in sehr höflichem Tone.

Eine Frau steckte ihren Kopf in die Tür: sie hatte genau dasselbe Gesicht und Haar, wie Antoinette, um zehn Jahre älter, und die Haut statt golden-braun schmutzig und faltig.

„Komme,“ sagte die Frau schrill. Antoinette stand auf, schob sich an Chrisfield vorbei, seine Beine mit ihren Rücken streifend, und verschwand. Der Franzose erhob sich und durchkreuzte das Zimmer, grüßte ernst und ging hinaus. Chrisfield sprang auf. Das Zimmer war wie eine große Mühle, die sich um ihn herumwirbelte.

„Dieser Franzmann ist ihr nachgegangen!“ schrie er.

„Seh dich und trink noch eins, Chris,“ sagte Andrews.

„Ich muß noch etwas zu trinken haben. Habe den ganzen Abend noch nichts Ordentliches getrunken.“ Er zog ihn auf den Stuhl zurück. Chrisfield wollte wieder aufstehen. Andrews hängte sich an ihn, so daß der Stuhl umfiel. Sie fielen beide auf die roten Ziegel des Bodens.

„Seh dich und trink noch eins, Chris,“ sagte Andrews.

Chrisfield bemerkte, wie Judkins sich über ihn beugte mit einem breiten Grinsen auf seinem großen roten Gesicht. Er stand wieder auf und setzte sich mißmutig auf seinen Stuhl. Andrews sah ihm schon gegenüber, ruhig und still, als sei nichts geschehen.

Alle Tische waren jetzt besetzt. Jergeneiner sang dösend und schläfrig.

(Fortsetzung folgt.)

